

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 35/2023

31. August 2023

Inhaltsverzeichnis

Sächsische Staatskanzlei

Bekanntmachung der Sächsischen Staatskanzlei
Generationenpreis des Freistaates Sachsen 2024,
verliehen durch den Ministerpräsidenten des Frei-
staates Sachsen vom 25. August 2023 1215

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministe-
riums der Finanzen Az.: 32-S 2442/22/37-2023/42657
vom 4. August 2023 Ortskirchensteuerbeschluss
für das Jahr 2024 der Ev.-Luth. Kirchgemeinde
Burgstädt vom 12. Mai 2023 1217

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für
Kultus zur Änderung der Förderrichtlinie zur weite-
ren Verbesserung der Infrastruktur im Bereich der
Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege-
stellen (Förderrichtlinie KitaBau – FöriKitaBau) vom
10. August 2023 1219

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministe-
riums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die
Aufforderung zur Einreichung von Förderanträgen
aus dem Europäischen Sozialfonds Plus im Förder-
zeitraum 2021 bis 2027 vom 17. August 2023 1221

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsmi-
nisteriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
über einen sachsenweiten Projektaufruf zur För-
derung von Projekten der Fachkräftesicherung
im Rahmen des ESF Plus 2021–2027 vom 16. Au-
gust 2023 1223

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministe-
riums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusam-
menhalt zur Änderung der FRL Weiterentwicklung
vom 8. August 2023 1226

Bekanntmachung der Sächsischen Staatsministerin
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
und des Sächsischen Ausländerbeauftragten über
den „Sächsischen Integrationspreis 2023“ vom
7. Juli 2023 1227

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen
nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Um-
weltverträglichkeitsprüfung über das Ergebnis
der allgemeinen Vorprüfung zur Feststellung der
UVP-Pflicht für das Vorhaben Planänderung zum
Vorhaben „S 261 – Ersatzneubau Bw 11 über den
Seidelbach bei Thermalbad Wiesenbad“ Gz.: 32-
0522/1548 vom 10. August 2023 1228

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der Satzung zur 4. Ände-
rung der Verbandssatzung des Zweckverbandes
Vogtland Arena Gz.: 20-2217/187/1 vom 14. August
2023 1229

Satzung zur 4. Änderung der Verbandssatzung des
Zweckverbandes Vogtland Arena vom 10.07.2018 1229

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der Neufassung der Ver-
bandssatzung des Zweckverbandes Körse-Therme
Kirschau vom 5. April 2023 Gz.: 20-2217/168/2 vom
14. August 2023 1233

Verbandssatzung des Zweckverbandes Körse-
Therme Kirschau 1233

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der sechsten Änderungs-
satzung zur Verbandssatzung des Zweckverban-
des „Allwetterbad Großschönau“ vom 8. März 2023
Gz.: 20-2217/19/2 vom 16. August 2023 1237

6. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Zweckverbandes „Allwetterbad Großschönau“ vom 12. Dezember 2003, geändert mit Änderungssatzung vom 07. Juni 2007, 27. November 2008, 11. Juni 2009, 27. September 2011 und 15. Dezember 2016.....1238

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Wasserzweckverbandes „Mittlere Neiße – Schöps“ vom 21. April 2023 Gz.: 20-2217/15/2 vom 17. August 20231239

Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Wasserzweckverbandes „Mittlere Neiße – Schöps“1240

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes „Flugplatzverwaltung Rothenburg Oberlausitz-Niederschlesien“ vom 15. Juni 2023 Gz.: 20-2217/182/1 vom 17. August 20231241

Verbandssatzung des Zweckverbandes „Flugplatzverwaltung Rothenburg Oberlausitz-Niederschlesien“ vom 15. Juni 20231242

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen über die Genehmigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Gebietsänderung zwischen der Gemeinde Hirschfeld und der Stadt Lengenfeld vom 22. Februar/10. März 2023 Gz.: 20-2218/5/16 vom 18. August 20231248

Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Görlitz über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Schleife und der Gemeinde Groß Düben über den Betrieb einer ortsfesten Landfunkstelle (OFL) vom 11. August 20231250

Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Schleife und der Gemeinde Groß Düben über den gemeinsamen Betrieb einer ortsfesten Landfunkstelle in der Verwaltungsgemeinschaft Schleife1251

Bekanntmachung des Landratsamtes Görlitz über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Schleife und der Gemeinde Trebendorf über den Betrieb einer ortsfesten Landfunkstelle (OFL) vom 11. August 20231253

Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Schleife und der Gemeinde Trebendorf über den gemeinsamen Betrieb einer ortsfesten Landfunkstelle der Verwaltungsgemeinschaft Schleife1254

Sächsische Staatskanzlei

Bekanntmachung der Sächsischen Staatskanzlei

Generationenpreis des Freistaates Sachsen 2024, verliehen durch den Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen

Vom 25. August 2023

1. Zweck der Verleihung

Beim Umgang mit dem demografischen Wandel kommt dem Miteinander der Generationen eine wesentliche Bedeutung zu. Der lebendige Austausch zwischen den Generationen ist ein Fundament unserer Gesellschaft. In Sachsen gibt es viele Projekte, in denen Menschen verschiedener Generationen gemeinsam wirken oder sich mit Idee und Tat füreinander einsetzen. Um dies stärker bekannt zu machen und vorbildliches Engagement zu würdigen, vergibt der Freistaat im Jahr 2024 erneut den „Generationenpreis des Freistaates Sachsen“. Mit dieser Auszeichnung sollen beispielhafte Projekte und Prozesse geehrt werden, in denen Kinder, Jugendliche, erwerbsfähige Bürgerinnen und Bürger sowie Ältere nach Abschluss ihres Berufslebens wirken und zum Miteinander der Generationen beitragen.

2. Teilnahme

2.1 Am Wettbewerb können Kommunen, öffentliche oder private Träger beziehungsweise Einrichtungen, Vereine, Gruppen, Unternehmen, aber auch einzelne Bürgerinnen und Bürger teilnehmen, die als Projektträger, Auftraggeber oder Initiatoren aktiv sind und deren Wettbewerbsbeitrag örtlichen und inhaltlichen Bezug zu Sachsen aufweist.

2.2 Die Beiträge sollen eine der folgenden Kategorien zuzuordnen sein:

- **Miteinander in Sachsen** (generationsübergreifende Projekte, die Gemeinschaft und Zusammenhalt fördern)
- **Füreinander in Sachsen** (Projekte und Ideen, in denen eine Generation sich für eine andere einsetzt)
- **Zukunftsfreude in Sachsen** (wegweisende Projekte und Ideen für ein gutes Zusammenleben der Generationen im Sachsen von Morgen)

Der eingereichte Beitrag muss zum Zeitpunkt der Bewerbung umgesetzt oder aktiv mit Leben erfüllt sein.

3. Wettbewerbsbeiträge

3.1 Zugelassen sind Beiträge zu

- Vorhaben zum Miteinander der Generationen und/oder zur gegenseitiger Unterstützung
- Begegnungsräumen für Generationen im engeren wie im weiteren Sinne
- der Förderung der Kooperation zwischen den Generationen
- generationenübergreifenden Projekten
- in Gang gesetzten Prozessen zum Dialog zwischen den Generationen, die sich bereits im gemeinschaftlichen Handeln etabliert haben
- Vorhaben zum Leben von Generationengerechtigkeit

- Vorhaben für eine zukunftsorientierte, generationengerechte Gestaltung von Lebensräumen
- Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch zwischen den Generationen.

3.2 Bewertet werden insbesondere Erfolg, Besonderheiten, Langzeitwirkung/Wiederholbarkeit und Übertragbarkeit der eingereichten Projekte.

4. Jury

Die Bewertung der Wettbewerbsbeiträge und der Entscheidung über die Preisvergabe werden von einem unabhängigen, fachübergreifend zusammengesetzten Preisgericht vorgenommen. Dem Preisgericht gehören an:

- Vorsitzende: Andrea Dombois, Erste Vizepräsidentin des Sächsischen Landtags
- Herr Mischa Woitscheck, Geschäftsführer, Sächsischer Städte- und Gemeindetag
- Herr Rüdiger Unger, Vorsitzender der Liga der Freien Wohlfahrtspflege Sachsen
- Frau Heidrun Weigel, Vorsitzende der LandesSeniorenvertretung für Sachsen e.V.
- Frau Lilly Härtig, Vorsitzende des LandesSchülerRates Sachsen
- Herr Ulrich Franzen, Präsident des Landessportbundes Sachsen
- Frau Manuela Salewski, stellv. Hauptgeschäftsführerin der Handwerkskammer Dresden
- Frau Felicitas Löwe, Intendantin des tjg. theater junge generation

5. Verfahren und Preisvergabe

5.1 Die Bekanntmachung wird im Sächsischen Amtsblatt sowie im Internet veröffentlicht.

5.2 Vollständig ausgefüllte Bewerbungen können bis zum 30. November 2023 online unter www.generationenpreis.sachsen.de eingereicht werden oder auf dem Postweg an

Sächsische Staatskanzlei
Referat 23 A
– Generationenpreis 2024 –
01095 Dresden

gesandt werden. Es gilt das Datum des Poststempels.

5.3 Es wird ein Preisgeld im Gesamtwert von 25 000 Euro ausgelobt. In jeder der genannten Kategorien (2.2) wird ein Preisgeld in Höhe von 5 000 Euro vergeben. Darüber hinaus stehen 10 000 Euro für Anerkennungspreise zur Verfügung. Die Jury entscheidet über die Preisträger in den drei Kategorien sowie über die Anzahl der Preisträger und die Aufteilung des zur Verfügung stehenden

Preisgeldes für die Anerkennungspreise. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Die Preisträger erhalten die Möglichkeit, ein Gütesiegel über den Zeitraum von vier Jahren ab Preisverleihung auf ihren Werbe- und Informationsmitteln zu verwenden. Das Gütesiegel kennzeichnet die Preisträger als vorbildlich in ihrem Engagement für ein Miteinander der Generationen und wird den Preisträgern in digitaler Form zur freien Verwendung sowie in Form einer Urkunde öffentlichkeitswirksam verliehen.

- 5.4 Die Sächsische Staatsregierung gibt die Preisträger im Rahmen einer Festveranstaltung am 22. März 2024 in der Sächsischen Staatskanzlei bekannt. Ausgewählte Wettbewerbsbeiträge werden im Internetauftritt des Freistaates Sachsen (www.sachsen.de) veröffentlicht.

Kontakt

Informationen zu Bewerbungsverfahren, -inhalten und Preisvergabe sowie die Bewerbungsunterlagen erhalten Sie unter www.generationenpreis.sachsen.de. Für Nachfragen können Sie die E-Mail-Adresse generationenpreis@sk.sachsen.de nutzen oder sich mit

Frau Susanne Limbach
Sächsische Staatskanzlei
01095 Dresden
Telefon: 0351 564-10463

in Verbindung setzen.

Dresden, den 25. August 2023

Sächsische Staatskanzlei
Michael Heidrich
Referatsleiter

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen Az.: 32-S 2442/22/37-2023/42657

Vom 4. August 2023

Ortskirchensteuerbeschluss für das Jahr 2024 der Ev.-Luth. Kirchgemeinde Burgstädt

Vom 12. Mai 2023

1. Rechtsgrundlage

Dieser Beschluss ergeht aufgrund des Kirchengesetzes über die Erhebung von Kirchensteuern in der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens (Kirchensteuergesetz – KStG) vom 23. Oktober 1990 in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 1997 (ABl. S. A 105) sowie der Kirchgeldordnung – KiGO – vom 27. Mai 2003 (ABl. S. A 205).

2. Maßstab für die Erhebung des Kirchgelds

Für das Jahr 2024 wird von allen Kirchgemeindegliedern ab Vollendung des 16. Lebensjahres, die eigene Einnahmen haben, Ortskirchensteuer (Kirchgeld) erhoben.

3. Kirchgeldsätze

(1) Das Kirchgeld wird nach den Sätzen der anliegenden Kirchgeldtabelle erhoben.

(2) Jedem Kirchgeldpflichtigen Kirchgemeindeglied ist mit dem Kirchgeldbescheid die der Erhebung zugrundeliegende Kirchgeldtabelle mit der Aufforderung zu

übermitteln, den sich aufgrund seiner Einnahmen ergebenden Tabellenbetrag als Kirchgeld zu zahlen.

4. Fälligkeitstermin

Das Kirchgeld ist mit Ablauf eines Monats nach Zugang des Ortskirchensteuerbescheides fällig. Monatliche Ratenzahlung ist zulässig.

5. Verlängerung der Gültigkeit

Sofern nicht bis zum Februar des jeweils nächsten Jahres ein neuer Ortskirchensteuerbeschluss gefasst ist, gilt dieser Beschluss auch für das folgende Jahr.

6. Öffentliche Bekanntmachung

Dieser Beschluss wird in kirchgemeindeüblicher Weise durch Aushang bekannt gemacht. Er soll auch im Kirchgemeindeblatt abgedruckt werden.

Der vorstehende Ortskirchensteuerbeschluss wurde in der ordentlichen Sitzung am 12.05.2023 gefasst.

Burgstädt, den 12.05.2023

Kirchenvorstand der Ev.-Luth. Kirchgemeinde Burgstädt

Vorsitzender

Mitglied

Anlage**Kirchgeldtabelle**

Monatliche Einnahmen in EUR	Monatsbetrag in EUR	Jahresbetrag in EUR
0,00 bis 374,99	1,00	12,00
375,00 bis 499,99	1,50	18,00
500,00 bis 624,99	3,00	36,00
625,00 bis 749,99	3,25	39,00
750,00 bis 874,99	3,50	42,00
875,00 bis 999,99	3,75	45,00
1.000,00 bis 1.124,99	4,00	48,00
1.125,00 bis 1.249,99	4,25	51,00
1.250,00 bis 1.374,99	4,50	54,00
1.375,00 bis 1.499,99	4,75	57,00
1.500,00 bis 1.624,99	5,00	60,00
1.625,00 bis 1.749,99	5,50	66,00
1.750,00 bis 1.874,99	6,00	72,00
1.875,00 bis 1.999,99	6,50	78,00
2.000,00 bis 2.124,99	7,00	84,00
2.125,00 bis 2.249,99	7,50	90,00
2.250,00 bis 2.374,99	8,00	96,00
2.375,00 bis 2.499,99	8,50	102,00
ab 2.500,00	0,4 % der monatlichen/jährlichen Einnahmen	

Der vorstehende Ortskirchensteuerbeschluss vom 12. Mai 2023 ist nach § 5 Absatz 1 des Sächsischen Kirchensteuergesetzes vom 14. Februar 2002 (SächsGVBl. S. 82,

BStBl I S. 487), das zuletzt durch das Gesetz vom 28. März 2019 (SächsGVBl. S. 244) geändert worden ist, staatlich anerkannt.

Dresden, den 4. August 2023

Der Staatsminister der Finanzen
Hartmut Vorjohann

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der Förderrichtlinie zur weiteren Verbesserung der Infrastruktur im Bereich der Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen (Förderrichtlinie KitaBau – FöriKitaBau)

Vom 10. August 2023

I. Änderung der Förderrichtlinie KitaBau

Die Förderrichtlinie KitaBau vom 8. Oktober 2020 (SächsABl. S. 1258), enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 3. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 211), wird wie folgt geändert:

1. Ziffer I Nummer 1 und Nummer 2 werden wie folgt gefasst:
 1. Der Freistaat Sachsen gewährt im Rahmen seiner Zuständigkeit nach § 82 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder und Jugendhilfe – in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. September 2012 (BGBl. I S. 2022), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2824) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und auf der Grundlage von §§ 23, 44 und 44a der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, den Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 3. November 2022 (SächsABl. S. 1423) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 178), in der jeweils geltenden Fassung, Zuwendungen nach Maßgabe dieser Förderrichtlinie.
 2. Zweck der Zuwendungen ist die Unterstützung der sächsischen Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Verantwortung nach den §§ 23 und 24 des Achten Buches Sozialgesetzbuch und nach den §§ 3, 11 und 13 des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Mai 2009 (SächsGVBl. S. 225), das zuletzt durch das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.
2. Ziffer III Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

Die Landkreise können die Zuwendung an kommunale und freie Träger von Kindertageseinrichtungen sowie Kindertagespflegestellen (Letztempfänger) unter Berücksichtigung der Vorgaben nach Nummer 12.2 bis 12.5 der Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaats Sachsen an kommunale Körperschaften (VVK) sowie der Regelungen unter Ziffern IV, V und VI

Nummer 6 und Nummer 7 Satz 1 der Richtlinie weiterleiten.

3. Ziffer IV wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 5 Sätze 2 und 4 werden gestrichen. Satz 3 wird zu Satz 2.
 - b) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:

Bei Neu-, Um-, Erweiterungs- und Ersatzneubauten von Kindertageseinrichtungen soll die Empfehlung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales zu den räumlichen Anforderungen an Kindertageseinrichtungen vom 2. Juni 2005 (SächsABl. S. 522), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 3. Dezember 2021 (SächsABl. SDr. S. S 211), in der jeweils geltenden Fassung, berücksichtigt werden.
4. Ziffer VI wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:

Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt für freie Träger von Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflegestellen sowie für Letztempfänger nach Ziffer III Nummer 4 gemäß Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung. Für kommunale Träger von Kindertageseinrichtungen erfolgt die Auszahlung der Zuwendung gemäß Nummer 7.1 der VVK.
 - b) In Nummer 7 Satz 1 werden die Wörter „gemäß Nummer 6.2 bis 6.4 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an kommunale Körperschaften – Anlage 3a zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (kommunale Träger) oder gemäß Nummer 6.2 bis 6.6 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung – Anlage 2 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung (freie Träger)“ gestrichen.
 - c) In Nummer 8 wird dem Satz 2 das Wort „Für“ vorangestellt.
 - d) In Nummer 8 wird der Satz „Die Verwendungsnachweise müssen die von der Bewilligungsstelle vorgegebenen notwendigen Angaben enthalten und nach der von der Bewilligungsstelle vorgegebenen Form aufgebaut sein.“ als Satz 3 ergänzt.
5. Ziffer VII wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

Die Anträge sind bis zum 31. Oktober des der Förderung vorangehenden Jahres bei der Bewilligungsbehörde einzureichen.
 - b) Als Nummer 6 wird folgende Regelung eingefügt:

Das Auszahlungsverfahren richtet sich abhängig von der Rechtsform des Zuwendungsempfängers

nach Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung oder nach Nummer 7.1 der VVK.

- c) Die bisherige Nummer 6 wird Nummer 7. Der enthaltene Bezug auf Ziffer VII wird durch Ziffer VI ersetzt.
6. Ziffer VIII wird wie folgt neu eingefügt:
1. Landkreise haben mit dem Gesamtantrag eine Übersicht aller Einzelvorhaben mit Darstellung der Gesamtausgaben und der beabsichtigten Finanzierung vorzulegen. Gleiches gilt bei kreisfreien Städten für beantragte Vorhaben freier Träger.
 2. Mit dem Antrag für die Förderung einer betrieblich unterstützten Kindertageseinrichtung ist zusätzlich eine gültige Satzung oder ein Gesellschaftervertrag und ein aktueller Auszug aus dem Vereins- und Handelsregister vorzulegen. Weiterhin ist ein Nachweis, dass vorrangig Kinder der Beschäftigten des Unternehmens betreut werden und wie sich das Unternehmen an der Finanzierung des beantragten Vorhabens beteiligt, beizubringen. Vorzulegen ist eine Stellungnahme des Landesjugendamtes, dass nach Umsetzung der Maßnahme entsprechend der angegebenen Planung die Erteilung der Betriebserlaubnis in Aussicht gestellt wird. In der detaillierten Projektbeschreibung müssen Angaben zur Betreu-

ungskapazität mit einer diesbezüglichen Begründung des Bedarfs enthalten sein.

3. In Bezug auf die Regelungen in Ziffer III Nummer 4 ist mit dem Antrag ein gültiger Pacht- bzw. Mietvertrag zum Zweck des Betriebes einer Kindertageseinrichtung für die Zeit der Zweckbindungsfrist vorzulegen. In Umsetzung zu Ziffer IV Nummer 5 ist mit dem Antrag ein aktueller Grundbuchauszug, ein vollständiger und gültiger Erbbaurechtsvertrag oder ein gültiger Pacht- beziehungsweise Mietvertrag für die Zeit der Zweckbindungsfrist vorzulegen.
 4. Die vorzulegenden Unterlagen entsprechend Anlage 5a der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung bleiben von den Regelungen unberührt.
 5. Mit dem Verwendungsnachweis ist neben dem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis eine Kopie der Betriebserlaubnis und Nachweise, die die tatsächliche Umsetzung der Maßnahme belegen, vorzulegen.
7. Die bisherige Ziffer VIII wird in Ziffer IX geändert.

II.

Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit Unterzeichnung in Kraft.

Dresden, den 10. August 2023

Der Staatsminister für Kultus
Christian Piwarz

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Aufforderung zur Einreichung von Förderanträgen aus dem Europäischen Sozialfonds Plus im Förderzeitraum 2021 bis 2027

Vom 17. August 2023

Der Europäische Sozialfonds Plus (ESF Plus) ist darauf ausgerichtet, Mitgliedstaaten und Regionen dabei zu unterstützen, einen hohen Beschäftigungsgrad, einen fairen Sozialschutz und qualifizierte und resiliente Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die für die Arbeitswelt der Zukunft gerüstet sind, zu erreichen sowie inklusive und von Zusammenhalt geprägte Gesellschaften, die die Beseitigung der Armut anstreben und den Grundsätzen der proklamierten europäischen Säule sozialer Rechte genügen, zu schaffen.

Der ESF Plus wird im Rahmen des durch die Europäische Kommission genehmigten Programms des Freistaates Sachsen für den ESF Plus im Förderzeitraum 2021-2027 umgesetzt. Die Förderung erfolgt auf der Grundlage von ESF Plus Fachrichtlinien der fondsbewirtschaftenden Staatsministerien im Rahmen folgender spezifischer Ziele:

- Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung und Aktivierungsmaßnahmen für alle Arbeitssuchenden, insbesondere für junge Menschen, vor allem durch die Umsetzung der Jugendgarantie, für Langzeitarbeitslose und auf dem Arbeitsmarkt benachteiligte Gruppen sowie von Nichterwerbspersonen, sowie durch die Förderung selbstständiger Erwerbstätigkeit und der Sozialwirtschaft;
- Förderung einer ausgewogenen Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern, gleicher Arbeitsbedingungen sowie einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, unter anderem durch Zugang zu erschwinglicher Kinderbetreuung und zu Betreuungsleistungen für abhängige Personen;
- Förderung der Anpassung von Arbeitskräften, Unternehmen und Unternehmern an den Wandel, Förderung eines aktiven und gesunden Alterns sowie einer gesunden und angemessenen Arbeitsumgebung, die Gesundheitsrisiken Rechnung trägt;
- Verbesserung der Qualität, Inklusivität, Leistungsfähigkeit und Arbeitsmarktrelevanz der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung, unter anderem durch die Validierung nichtformalen und informellen Lernens, um den Erwerb von Schlüsselkompetenzen, einschließlich unternehmerischer und digitaler Kompetenzen zu unterstützen, und durch die Förderung der Einführung dualer Ausbildungssysteme und von Lehrlingsausbildungen;
- Förderung des gleichberechtigten Zugangs zu hochwertiger und inklusiver allgemeiner und beruflicher Bildung einschließlich des entsprechenden Abschlusses, insbesondere für benachteiligte Gruppen, von der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung über

die allgemeine Bildung und die berufliche Aus- und Weiterbildung bis hin zur höheren Bildung und Erwachsenenbildung, sowie Erleichterung der Lernmobilität für alle und der Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen;

- Förderung der aktiven Inklusion mit Blick auf die Verbesserung der Chancengleichheit, Nichtdiskriminierung und der aktiven Teilhabe sowie Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit, insbesondere von benachteiligten Gruppen.

Die bereichsübergreifenden Grundsätze der Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung, der Gleichstellung der Geschlechter und der nachhaltigen Entwicklung im Sinne des Umwelt- und Ressourcenschutzes sowie die Charta der Grundrechte der EU gemäß Artikel 9 der Verordnung (EU) 2021/1060 und Artikel 6 der Verordnung (EU) 2021/1057 sind im Förderverfahren bei der Umsetzung der Vorhaben im ESF Plus zu beachten.

Ansprechpartner für Beratung und Antragstellung sowie Bewilligungsstelle ist die Sächsische Aufbaubank – Förderbank (SAB)

Pirnaische Straße 9

01069 Dresden

Telefon 0351 4910-4930

Telefax 0351 4910-4000

E-Mail: servicecenter@sab.sachsen.de

Internet: www.sab.sachsen.de

Die SAB veröffentlicht auf der Grundlage der ESF Plus-Fachrichtlinien auf ihrer Internetseite Informationen zur Förderung, die in Förderbausteinen die jeweiligen Vorhabensbereiche näher erläutern. Informationen zur Beachtung der bereichsübergreifenden Grundsätze werden ebenfalls durch die Bewilligungsstelle veröffentlicht.

In den jeweiligen ESF Plus Fachrichtlinien wird das Verfahren der Auswahl der Vorhaben genauer geregelt. Möglich sind ein laufendes Antragsverfahren oder Verfahren mit Projektaufrufen beziehungsweise öffentlichen Bekanntmachungen (zum Beispiel im Sächsischen Amtsblatt oder auf der Internetseite der Bewilligungsstelle) mit Stichtagen. Das Auswahlverfahren kann einstufig oder zweistufig durchgeführt werden. Beim zweistufigen Auswahlverfahren werden in der Regel Vorhabensideen einer fachlich-inhaltlichen Vorprüfung unterzogen, bevor die eigentliche Antragsstellung erfolgt. Soweit im Förderverfahren vorgesehen, werden Stellungnahmen von Fachstellen dabei hinzugezogen.

Die Bewertung erfolgt anhand der nachfolgenden Kriterien:

1. Ziele des Vorhabens (25 Prozent)
 - Ausgangssituation, Bedarf,
 - regionaler Bezug, arbeitsmarktpolitische Bedeutung
 - konkrete Zielbeschreibung
 - inhaltliche Abgrenzung zu anderen Vorhaben
 - Darstellung der Zielgruppe beziehungsweise der Teilnehmer
 - Erfahrungen des Projektträgers mit der Zielgruppe und im Vorhabensbereich
 - Referenzen, Berücksichtigung vorhandener Ergebnisse aus Vorprojekten
2. Zielerreichung, Arbeitsschritte (33 Prozent)
 - Beschreibung der Arbeitspakete
 - Beschreibung der Methoden
 - Beschreibung des Eingehens auf spezifische Anforderungen
 - Zeitliche Gliederung, Meilensteinplan, Lehrplan
 - Verantwortlichkeiten
 - Kooperationsstruktur, gegebenenfalls Mitfinanzierung von Dritten
 - Inhaltliche Kompetenz des Antragstellers und des geplanten Personals
 - Maßnahmen zur Qualitätssicherung
3. Ergebnisse und Dokumentation (25 Prozent)
 - Benennung zu erwartender Ergebnisse
 - Dokumentation der Ergebnisse
 - Vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit
 - Art und Weise des Transfers in die Arbeits- und Unternehmenspraxis
 - Aussagen zur Fortführung (ohne Förderung), Nachnutzung von Ergebnissen
4. Gesamtausgaben, Fördersumme, Eigenanteil, Wirtschaftlichkeit (17 Prozent)
 - Gesamtausgaben/-kosten des Vorhabens, angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis, Effizienz, An-

gabe der Herkunft der zu erbringenden Eigenmittel und/oder Drittmittel (sofern zutreffend)

- Effektivität der Methoden der Zielerreichung
- Anzahl der Teilnehmer/Projekte

Wenn die geplanten Vorhaben mit besonderen Maßnahmen zur Umsetzung des bereichsübergreifenden Grundsatzes der nachhaltigen Entwicklung beitragen, können diese bei der Bewertung zusätzlich berücksichtigt werden.

Sofern eine positive Stellungnahme einer lokalen Arbeitsgruppe (LAG) zu Vorhaben, die der lokalen Entwicklung in den anerkannten LEADER-Gebieten dienen sollen, vorliegt, wird diese ebenfalls berücksichtigt.

Bei gleicher Bewertung mehrerer Vorhaben werden durch das Auswahlgremium weitere relevante Kriterien bei der Auswahl herangezogen, die sich aus den Spezifika der Vorhabensbereiche ergeben und dokumentiert werden.

Auf eine Förderung im Rahmen des ESF Plus Programms besteht kein Rechtsanspruch. Der Bewilligungsstelle obliegt die Entscheidung über die Auswahl der kofinanzierten Vorhaben. Dabei steht ihr, wo rechtlich möglich, ein Ermessen über die anzuwendenden Verfahren und Kriterien zu.

Potenzielle Antragsteller werden aufgefordert, sich bei der Bewilligungsstelle beraten zu lassen und je nach Freigabe der Antragstellung entsprechende Förderanträge einzureichen.

Diese regelmäßige Veröffentlichung dient der Umsetzung eines offenen, transparenten und bedingungsfreien Auswahlverfahrens für den ESF Plus im Freistaat Sachsen.

Dresden, den 17. August 2023

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Marth
Referatsleiterin

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über einen sachsenweiten Projektaufruf zur Förderung von Projekten der Fachkräftesicherung im Rahmen des ESF Plus 2021–2027

Vom 16. August 2023

1. Anlass der Förderung

Das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (SMWA) fördert über die ESF-Plus Richtlinie Fachkräftesicherungslotse Vorhaben zur Hebung von Potenzialen sowie zur Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für die Fachkräftesicherung in Sachsen. Die Vorhaben sollen zur Erhöhung der Sichtbarkeit und Verbreitung von Unterstützungsangeboten, Analyse-Tools und nachhaltigen Instrumenten zur Fachkräftesicherung beitragen und so langfristig sächsische Unternehmen bzw. Arbeitgeber bei der Schaffung beschäftigungsfreundlicher Rahmenbedingungen und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Freistaat Sachsen unterstützen.

Wir leben in einer Zeit starken Wandels: Digitalisierung, Demografie, Dekarbonisierung und (De-)Globalisierung verändern die Arbeitswelt. Arbeitsgewohnheiten, Gestaltungswille, persönliche und betriebliche Anforderungen an Arbeit ändern sich. Schon heute ist oftmals Arbeitskraft das knappe Gut, nicht der Arbeitsplatz. Das Fachkräftemonitoring 2022 belegt diese Trends. In den befragten Unternehmen bleibt derzeit mehr als jede zweite offene Stelle langfristig unbesetzt, besonders betroffen sind kleinere Betriebe.

Die Attraktivität eines Unternehmens für die eigenen Beschäftigten sowie potentielle Arbeitskräfte und Auszubildende ist ein zentraler Aspekt, um Mitarbeiter zu gewinnen und im Unternehmen zu halten. Eine gute betriebliche Personalarbeit ist eine zentrale Säule im Unternehmen, um sich perspektivisch noch besser als ein attraktiver Arbeitgeber aufstellen zu können. Wenn gleich das Bewusstsein für notwendige betriebliche Personalarbeit weiterwächst, ist deren Ausprägung insbesondere bei kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) deutlich ausbaufähig.

Mit dem Vorhaben soll dem Beratung suchenden Mittelstand – KMU wie auch Beschäftigtenvertretungen in KMU – anhand des konkreten betrieblichen Bedarfes geeignete Maßnahmenbündel und dahinterliegende Unterstützungsangebote zur Gestaltung guter Arbeitsbedingungen, zum Einsatz strategischer Personalarbeit und insgesamt zur Fachkräftesicherung erschlossen werden und somit mögliche Fachkräfteengpässe mit zielgerichteten Beratungsangeboten begegnet werden. Berater und Beraterinnen (Fachkräftesicherungslotse) informieren landesweit und niedrigschwellig per Erst- und Verweisberatungen über verschiedene Möglichkeiten zur Fachkräftegewinnung und -sicherung und zur Umsetzung konkreter Schritte für die Erschließung von Personalressourcen.

2. Ziele der Förderung

Die Vorhaben richten sich branchenoffen an KMU/KKU, wodurch insbesondere Unternehmen ohne professionalisierte Personalarbeit sowie deren Beschäftigtenvertretungen erreicht werden sollen. Übergeordneter Zweck der ESF Plus-Richtlinie Fachkräftesicherungslotse ist die Unterstützung der Unternehmen im Freistaat Sachsen bei der Anpassung an den Wandel des Arbeitsmarktes. Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs soll mit dem Förderprogramm Sorge für die Erhöhung der Sichtbarkeit und Verbreitung von Unterstützungsangeboten, Analyse-Tools und nachhaltigen Instrumenten zur Fachkräftesicherung getragen werden.

Gefördert werden Maßnahmen zur bedarfsgerechten, entsprechend den betrieblichen Voraussetzungen der Zielgruppe ausgestalteten Beratung, die

- a) Beratungssuchende für die Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen insbesondere im Hinblick auf den demografischen, strukturellen und wertorientierten Wandel sensibilisieren,
- b) aktuelle Herausforderungen der Fachkräftesicherung aufgreifen und gemeinsam mit den Nutzern bearbeiten,
- c) Auf- und Ausbau von Instrumenten strategischer Personalarbeit in Sachsen mittels der angebotenen Beratung unterstützen,
- d) Gute Arbeitsbedingungen in den Unternehmen fördern,
- e) Maßnahmen und Empfehlungen anhand der spezifischen betrieblichen Herausforderungen entwickeln, die dem Unternehmen und dessen Beschäftigtenvertretungen Hilfe zur Selbsthilfe geben, bspw. zur Etablierung familienfreundlicher Strukturen und gleichberechtigter Teilhabe aller Geschlechter, zum Erhalt und zur Steigerung der Arbeitsfähigkeit und Arbeitgeberattraktivität oder strategischer Personalarbeit und strukturierter Personalentwicklung (Erstberatung) und
- f) Beratungssuchende zielgenau in weiterführende Unterstützungsangebote und Netzwerke vermitteln und hierfür den Kontakt bereitstellen (Verweisberatung).

Die im Ergebnis des Projektaufrufs geförderten Leistungen sollen alle sächsischen Regionen erreichen und branchenoffen, barrierefrei sowie kostenfrei allen KMU und ihren Beschäftigtenvertretungen offenstehen.

3. Gegenstand der Förderung

Vorgesehene Projekthalte sind insbesondere:

- a) Anbahnung (u. a. unter Nutzung einer Schnittstelle zur Internetpräsenz des Zentrums für Fachkräftesicherung und Gute Arbeit (ZEFAS) per Ticketsystem)

und Vorbereitung der Erst- und Verweisberatungen nach 3b)

- b) Die Bereitstellung und Durchführung von Erst- und Verweisberatungen für Unternehmen und Beschäftigtenvertretungen zu allen Themen der Fachkräftesicherung und Guter Arbeit, die sich an den Unternehmensbedarfen ausrichten, insbesondere zur
- Implementierung und Ausbau von Instrumenten der strategischen Personalarbeit bei sächsischen Arbeitgebern,
 - Verbesserung der Arbeitgeberattraktivität,
 - Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten für die Fachkräftegewinnung und Fachkräftebindung,
 - Einführung und Stärkung Guter Arbeit im Unternehmen (zu den Faktoren von Guter Arbeit gehören: Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung; angemessene Arbeitsbedingungen mit leistungsgerechter Entlohnung, insbesondere durch Stärkung der Tarifbindung; hohes Qualifikationsniveau, lebenslanges Lernen; moderner Arbeits- und Gesundheitsschutz, Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, Soziale Teilhabe und Chancen für alle) und
 - Unterstützung der Integration von Personen, die am ersten Arbeitsmarkt unterrepräsentiert sind, mit dem Ziel, diese Erwerbspersonenpotenziale für den sächsischen Arbeitsmarkt nutzbar zu machen (unter anderem Menschen mit Behinderung, Alleinerziehende, Menschen mit Migrationsbiografie).

4. Fachliche/inhaltliche Anforderungen

An das zu fördernde Projekt und den einzureichenden Projektantrag werden folgende fachlich-inhaltlichen Anforderungen gestellt:

- a) Kooperationen zur Vorhabenumsetzung einschließlich Erreichen der Zielgruppe sind zulässig und näher zu beschreiben.
- b) Voraussetzung für den Erfolg des Projekts sind strukturierte Analyse- und Beratungsmethodik, aktuelle Kenntnis über Angebote, praktische Lösungen zur Fachkräftesicherung und Förderangebote am ersten Arbeitsmarkt durch die eingesetzten Fachkräftesicherungslotsen.
- c) Die niedrigschwellige Beratungsleistung (bis maximal 32 Stunden je Beratungsanfrage) versteht sich als kundenfreundlich, d.h. vorrangig aufsuchend vor Ort (beziehungsweise per Videokonferenz).
- d) Bestehende einschlägige Aktivitäten, Informationsangebote sowie vorhandene Projektergebnisse sind nachvollziehbar darzustellen und klar abzugrenzen.
- e) Der Projektantrag sollte einen Überblick über geeignete Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit sowie der Ansprache der Zielgruppen enthalten.
- f) Die Beratungsergebnisse sind auf Grundlage eines vorgegebenen Beratungsprotokolls in geeigneter Form zu dokumentieren und zum Projektabschluss quantitativ zu evaluieren.
- g) Das im Projekt zum Einsatz kommende Personal muss über hinreichende Qualifikationen und Kenntnisse verfügen, die zur ordnungsgemäßen Erledigung der Aufgaben erforderlich sind (einschlägige Qualifikation, Erfahrungen und Kompetenzen, gegebenenfalls Fahrerlaubnis).

Es wird erwartet, dass der Projektträger an einer eventuellen Evaluation durch Dritte mitwirkt.

5. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind Träger (natürliche Personen mit Unternehmereigenschaft, juristische Personen oder Personenvereinigungen), die die unter Nummer 2 genannten Vorhaben durchführen. Die Zuwendungsempfänger müssen einen Sitz im Freistaat Sachsen haben.

Kommunale Gebietskörperschaften sind nicht Zuwendungsempfänger.

6. Laufzeit

Geplant ist ein Projektbeginn zum 1. Januar 2024 und ein Projektende zum 31. Dezember 2026. In begründeten Fällen kann in Abstimmung mit der Bewilligungsstelle die Bewilligungszeitraum mehr als 36 Monate umfassen.

7. Art und Höhe der Zuwendung

- a) Die Zuwendung wird in Form eines nicht rückzahlbaren Zuschusses gewährt.
- b) Die Förderung beträgt bis zu 95 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben.
- c) Zuwendungsfähig sind ausschließlich projektbezogene Personal- und Sachausgaben, die unter Beachtung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit für die Erreichung des Zuwendungszwecks notwendig sind.

8. Verfahren

- a) Ansprechpartner für Beratung und Antragstellung sowie Bewilligungsstelle ist die Sächsische Aufbaubank – Förderbank (SAB), Abteilung Bildung, Sitz: Gerberstraße 5 in 04105 Leipzig, Geschäftsadresse: Pirnaische Straße 9 in 01069 Dresden (E-Mail: bildung@sab.sachsen.de, www.sab.sachsen.de)
- b) Die Auswahl des Projektträgers erfolgt unter Berücksichtigung der vorhandenen Haushaltsmittel und in einem zweistufigen Auswahlverfahren.
- c) Projektvorschläge sind bei der SAB vom 4. bis zum 29. September 2023 über das Förderportal der SAB (<https://www.sab.sachsen.de/esf-plus-richtlinie-fachkräftesicherungslotse>) einzureichen. Dieser soll die im Projektaufruf enthaltenen Anforderungen erfüllen. Die Projektbeschreibung ist klar, prägnant und aussagekräftig zu formulieren. Er muss für die Prüfung der Förderwürdigkeit des Projektes eine hinreichende und nachvollziehbare Darstellung zu den unter Nummer 8f) genannten Kriterien enthalten.
- d) Projektanträge sind für den ÜR und SER separat zu stellen.
- e) Die Bewertung der Projektanträge erfolgt unter Einbezug des SMWA und fachkundiger Stellen.
- f) Für die fachlich-inhaltliche Auswahl werden folgende Bewertungskriterien mit angegebener Gewichtung herangezogen:
 - I. Ziele des Vorhabens (Wertungsfaktor 3)
 - Ausgangssituation und Bedarf,
 - regionaler Bezug, arbeitsmarktpolitische Bedeutung in Bezug auf Fachkräftesicherung
 - konkrete Zielbeschreibung
 - inhaltliche Abgrenzung zu anderen Vorhaben
 - Darstellung der Zielgruppen und relevanter Akteure

- Erfahrungen des Projektträgers mit der Zielgruppe
- Referenzen
- II. Zielerreichung, Arbeitsschritte (Wertungsfaktor 4)
 - Beschreibung der Arbeitspakete
 - Beschreibung der Methoden
 - Beschreibung des Eingehens auf spezifische Anforderungen
 - Zeitliche Gliederung, Meilensteinplan
 - Verantwortlichkeiten
 - geplante Kooperationsstruktur, ggf. Mitfinanzierung von Dritten
 - inhaltliche Kompetenz des Antragstellers und des geplanten Personals
 - Maßnahmen zur Qualitätssicherung
- III. Ergebnisse und Dokumentation (Wertungsfaktor 3)
 - Benennung zu erwartender Ergebnisse
 - Dokumentation der Ergebnisse
 - vorgesehene Öffentlichkeitsarbeit
 - Art und Weise des Transfers in die Arbeits- und Unternehmenspraxis
- IV. Gesamtausgaben, Fördersumme, Eigenanteil, Wirtschaftlichkeit (Wertungsfaktor 2)
 - Gesamtausgaben/-kosten des Projektes, angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis, Effizienz, Angabe der Herkunft der zu erbringenden Eigenmittel
 - Effektivität der Methoden der Zielerreichung
 - Anzahl der Teilnehmenden/Projekte
- g) Nach der Auswahlentscheidung erhalten die einreichenden Projektträger von der Bewilligungsstelle eine schriftliche Mitteilung zum Ergebnis.

Dresden, den 16. August 2023

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Graf von Bullion
Referatsleiter

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Zweite Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Änderung der FRL Weiterentwicklung

Vom 8. August 2023

I.

Die FRL Weiterentwicklung vom 12. März 2020 (SächsABl. S. 325), die durch die Richtlinie vom 28. Juni 2023 (SächsABl. S. 852) geändert worden ist, enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 23. November 2021 (SächsABl. SDr. S. S 230), wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 5.2 Satz 5 wird die Angabe „4.4“ durch die Angabe „4.2“ ersetzt.

2. Nummer 6.2 wird wie folgt geändert:

- a) In Satz 1 wird die Angabe „4.3“ durch die Angabe „4.1“ ersetzt.
- b) In Satz 2 wird die Angabe „4.4“ durch die Angabe „4.2“ ersetzt.

3. In Nummer 7 wird die Angabe „4.3“ durch die Angabe „4.1“ ersetzt.

II.

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 8. August 2023

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Petra Köpping

**Bekanntmachung
der Sächsischen Staatsministerin
für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
und des Sächsischen Ausländerbeauftragten
über den „Sächsischen Integrationspreis 2023“**

Vom 7. Juli 2023

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt Petra Köpping und der Sächsische Ausländerbeauftragte Geert Mackenroth MdL zeichnen auch in diesem Jahr drei Projekte oder Initiativen aus, die sich für die Integration in Sachsen einsetzen, sie fördern oder betreiben und einen besonderen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten.

Gewürdigt werden sollen insbesondere nachhaltige Integrationsprojekte sowie Projekte oder Initiativen, die zur Selbsthilfe anregen.

Einzelpersonen, Vereine und Initiativen aus Sachsen dürfen sich bewerben oder von Dritten vorgeschlagen werden. Die Initiative oder das Projekt, auf das sich die Bewerbung bezieht, sollte aktuell sein (2022/2023).

Für den Sächsischen Integrationspreis stehen insgesamt 9 000 Euro zur Verfügung.

Diese Summe wird auf drei Preise zu je 3 000 Euro verteilt. Alle Bewerber werden durch professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, im Internet und mittels einer gemeinsamen Broschüre bekannt gemacht.

Die Gewinner werden von einer Jury ausgewählt. Den Vorsitz führen die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und der Sächsische Ausländerbeauftragte gemeinsam.

Die drei Preisträger sollen am 4. Dezember 2023 im Plenarsaal des Sächsischen Landtags ausgezeichnet werden. Der Wettbewerb steht unter der Schirmherrschaft des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Rößler MdL. Alle Bewerber werden zur Preisverleihung eingeladen.

Teilnahmebedingungen und Regularien sind unter www.saechsischer-integrationspreis.de aufgeführt.

Bewerbungen und Vorschläge sind über diese Internetseite oder über den Postweg an:

Der Sächsische Ausländerbeauftragte
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Kennwort: Integrationspreis

bis zum Einsendeschluss am 4. Oktober 2023 einzureichen.

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Dresden, den 7. Juli 2023

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
In Vertretung der Staatsministerin
Sebastian Vogel
Staatssekretär

Der Sächsische Ausländerbeauftragte
Geert Mackenroth MdL

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen

nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung über das Ergebnis der allgemeinen Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht für das Vorhaben Planänderung zum Vorhaben „S 261 – Ersatzneubau Bw 11 über den Seidelbach bei Thermalbad Wiesenbad“

Gz.: 32-0522/1548

Vom 10. August 2023

Gemäß § 5 Absatz 2 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. März 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 88) geändert worden ist, wird Folgendes bekannt gemacht:

Das Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Zschopau, hat für das oben genannte Vorhaben eine Planänderung beantragt. Diese umfasst die Änderung einer Ersatzmaßnahme. Statt der planfestgestellten Pflanzung von Gehölzen und Sträuchern auf dem Flurstück 342/3 der Gemarkung Schönfeld ist die Anlage einer standortgerechten Streuobstwiese auf dem Flurstück 122/3 der Gemarkung Wiesa vorgesehen.

Da die Planänderung ein UVP-pflichtiges Vorhaben ändert, bedarf diese gemäß § 9 Absatz 1 Satz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung einer allgemeinen Vorprüfung. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, da von dem Vorhaben unter Berücksichtigung der in Anlage 3 zum des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung aufgeführten Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen ausgehen.

Bezüglich der in Anlage 3 Nummer 1 zum des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung genannten Kriterien zu Vorhabensmerkmalen, welche die Größe und Ausgestaltung sowie Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben und Tätigkeiten betreffen, hat sich ergeben, dass das Vorhaben keine Merkmale aufweist, die erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen erwarten lassen würden. Zum Standort des Vorhabens als Kriterium Nummer 2 nach Anlage 3 zum des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung sind keine Besonderheiten er-

sichtlich, aus deren Vorhandensein sich durch das Vorhaben die Gefahr erheblicher nachteiliger Umweltauswirkungen ergeben würde.

Die zu erwartenden Auswirkungen auf die in § 2 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung genannten Schutzgüter wurden unter Beachtung der in Anlage 3 Nummer 3 genannten Kriterien auf ihre Erheblichkeit untersucht. Dabei konnte festgestellt werden, dass aufgrund der Art des Änderungsvorhabens – Anlage einer standortgerechten Streuobstwiese – unter Berücksichtigung aller möglichen Wirkungsfaktoren und unter Summation der einzelnen nachteiligen Umweltauswirkungen hinsichtlich der Dauer, Häufigkeit, Schwere, Komplexität und Reversibilität keine relevanten Auswirkungen auf die Schutzgüter Mensch, Boden und Fläche, Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt, Klima und Luft sowie Landschaftsbild zu erwarten sind. Vielmehr hat das Änderungsvorhaben positive Auswirkungen auf den Naturhaushalt und damit auch auf die Umwelt. Wird durch dieses doch ein derzeit nur naturschutzfachlich eine geringe Qualität aufweisendes Flurstück diesbezüglich deutlich aufgewertet.

Die Feststellung, dass keine UVP-Pflicht besteht, ist gemäß § 5 Absatz 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht selbständig anfechtbar.

Die entscheidungserheblichen Unterlagen sind gemäß den Bestimmungen des Sächsischen Umweltinformationsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 10 des Gesetzes vom 19. August 2022 (SächsGVBl. S. 486) geändert worden ist, in der Landesdirektion Sachsen, Referat 32, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, zugänglich.

Chemnitz, den 10. August 2023

Landesdirektion Sachsen
Keune
Referatsleiter Planfeststellung

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der Satzung
zur 4. Änderung der Verbandssatzung
des Zweckverbandes Vogtland Arena
Gz.: 20-2217/187/1**

Vom 14. August 2023

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheid vom 3. August 2023 auf der Grundlage von § 61 Absatz 1 in Verbindung mit § 26 Absatz 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die von der Verbandsversammlung am 4. Juli 2023 beschlossene Satzung zur 4. Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Vogtland Arena genehmigt.

Die Satzung zur 4. Änderung der Verbandssatzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Chemnitz, den 14. August 2023

Landesdirektion Sachsen
Harder
Referent Kommunalwesen
in Vertretung des Referatsleiters

**Satzung zur 4. Änderung der Verbandssatzung
des Zweckverbandes Vogtland Arena vom 10.07.2018**

Auf der Grundlage der §§ 61 Abs. 1 und 26 Abs. 1 und 3 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15.04.2019 (SächsGVBl. S. 270), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09.02.2022 (SächsGVBl. S. 134) i. V. m. § 44 SächsKomZG und der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 09.03.2018 (SächsGVBl. S. 62), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 09.02.2022 (SächsGVBl. S. 134) hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Vogtland Arena am 10.05.2023 folgende Satzung beschlossen:

**Artikel 1
Änderungen**

Die Verbandssatzung des Zweckverbandes Vogtland Arena vom 10.07.2018, zuletzt geändert am 04.11.2021 durch die Satzung zur 3. Änderung der Verbandssatzung wird wie folgt geändert:

1. § 8 Absatz 2 Buchstabe f) wird wie folgt neu gefasst:
 - f) Investitionen und Reparaturmaßnahmen, die nicht im Haushaltsplan enthalten sind und einen Betrag von 10.000 € übersteigen;

2. § 10 Absatz 3 Buchstaben b) und c) werden wie folgt neu gefasst:
 - b) die Bewirtschaftung der Mittel und die Vergabe von Aufträgen im Vollzug des Haushaltsplanes
 - bei freihändiger Vergabe bis zu einem Vergabewert von 25.000 €
 - bei einer beschränkten Ausschreibung bis zu einem Vergabewert von 50.000 €
 - bei einer öffentlichen Ausschreibung bis zu einem Vergabewert von 50.000 €
 - c) Entscheidungen zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen bis zu einem Wert von 10.000 € im Einzelfall
3. § 13 Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst:
 - (2) Soweit seine sonstigen Erträge zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen, erhebt er von seinen Verbandsmitgliedern eine Umlage. Die Umlage wird von den Verbandsmitgliedern im Verhältnis des Wertes, der von Ihnen jeweils eingebrachten Anlagegüter, gemäß Anlage 2 erhoben. Daraus errechnet sich ein Umlageschlüssel von 77,9 % für den Vogtlandkreis und 22,1 % für die Stadt Klingenthal.

4. § 15 wird um einen 2. Absatz ergänzt:

(2) Für eine Änderung des Umlageschlüssels gemäß § 13 Absatz 2 ist ein einstimmiger Beschluss der Verbandsversammlung erforderlich.

5. Die Anlagen 1 und 2 werden neu gefasst.

Artikel 2
In-Kraft-Treten

Die Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der geänderten Verbandssatzung in Kraft.

Plauen, den 04.07.2023

Thomas Hennig
Verbandsvorsitzender
Zweckverband Vogtland Arena

Bekanntmachungsvermerk:

Die vorstehende Satzung wird hiermit bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 47 Absatz 2 Satz 1, § 5 Absatz 3 Satz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in Verbindung mit § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Sächsischen Gemeindeordnung zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach den Nummern 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Anlage 1

Aufstellung der Flurstücke

Stand 15.02.2019

Flurstückskennzeichen			Flurstücksbeschreibung						
	GMKG		Zähler	Nenner	Lagebezeichnung, (Klassifizierung)	Fläche	bebaut/unbebaut	Nutzung	Eigentum
40901	5409	Brunndöbra	737	2	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	1.553	Parkplatz	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	738		Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	2.720	Parkplatz	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	739	2	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	687	Parkplatz	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	740	2	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	4.774	Parkplatz	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	741		Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	1.405	Parkplatz	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	743	1	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	1.257	Parkplatz	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	744	1	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	1.295	Parkplatz	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	745	1	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	3.626	Parkplatz	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	746		Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	865	unbebaut (Grünfläche)	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	747		Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	1.258	unbebaut (Grünfläche)	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	749	1	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	1.236	Eingang, Tribüne	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	750	1	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	2.512	Eingang, Tribüne	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	751	1	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	2.597	Auslauf, Tribüne	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	752	2	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	6.472	Auslauf, Tribüne	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	753	2	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	2.541	Auslauf, Tribüne	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	754	2	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	5.070	Auslauf, Tribüne	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	755	2	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	5.025	Auslauf, Tribüne	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	756	2	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	6.634	Auslauf, Tribüne	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	757	19	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	19	unbebaut (Grünland)	Schanze	KV
40902	5409	Brunndöbra	762	1	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	5.420	Parkplatz	Schanze	KV
40902	5409	Brunndöbra	764	1	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	2.779	Parkplatz	Schanze	KV
40902	5409	Brunndöbra	765	1	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	2.870	Parkplatz	Schanze	KV
40902	5409	Brunndöbra	766	1	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	706	Parkplatz	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	864	2	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	1.394	Auslauf, Tribüne	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	866	3	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	1.995	unbebaut (Weg)	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	934	3	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	11	unbebaut (Weg)	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	934	4	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	218	unbebaut (Wald)	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	934	5	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	65	unbebaut (Weg)	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	934	8	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	35.884	Aufsprunghang, Schiedsrichterturm	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	935	6	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	78	unbebaut (Zufahrt, Wald)	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	935	8	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	526	unbebaut (Zufahrt)	Schanze	KV
40901	5409	Brunndöbra	935	9	Falkensteiner Str. – Vogtland-Arena	11.128	Schanze	Schanze	KV

Anlage 2

zur Satzung des Zweckverbandes Vogtland Arena

A. Anlagevermögen, das vom Vogtlandkreis eingebracht wird:

	Wert zum 30.06.2018
1. Sprungschanze	6.559.286,12 €
2. Außenanlagen	1.441.665,93 €
3. Lift Wie-Li	426.973,04 €
4. Skiausrüstung, Gerätetechnik	1,00 €
5. Flutlicht	66.308,72 €
6. Beregnungs- und Beschneiungsanlage	157.713,46 €
7. Router/Switch	1,00 €
8. IAT-Videoständer	1,00 €
9. Seilwinde/Spurschlitten	574,62 €
10. Blockhaus Parkplatz Vogtlandarena	3.832,40 €
11. Brandschutzkonzept	27.685,35 €
12. Grund und Boden	203.318,42 €
Gesamt	8.887.361,06 €

B. Anlagevermögen, das von der Stadt Klingenthal eingebracht wird:

	Wert zum 30.06.2018
1. Schanzenanlage	1.674.241,73 €
2. Funktionsgebäude	89.672,20 €
3. Trainerturm Vogtlandschanzen	1,00 €
4. Skirollerbahn	364.837,49 €
5. Pistenfahrzeug Bison	260.135,62 €
6. Loipenhaus	130.195,32 €
Gesamt	2.519.083,36 €

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der Neufassung der Verbandssatzung
des Zweckverbandes Körse-Therme Kirschau
vom 5. April 2023**

Gz.: 20-2217/168/2

Vom 14. August 2023

Die Landesdirektion Sachsen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 27. Juni 2023 auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die von der Versammlung des Zweckverbandes Körse-Therme Kirschau am 5. April 2023 beschlossene Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Körse-Therme Kirschau genehmigt.

Die Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes Körse-Therme Kirschau tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 14. August 2023

Landesdirektion Sachsen
Harder
Stellvertretender Referatsleiter

**Verbandssatzung
des Zweckverbandes Körse-Therme Kirschau**

Präambel

Aufgrund des § 61 Abs. 1 und § 26 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (Sächs-KomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09.02.2022 (SächsGVBl. S. 134) hat die Versammlung des Zweckverbandes Körse-Therme Kirschau am 05.04.2023 die Neufassung der Verbandssatzung beschlossen.

§ 1

Name und Sitz, Geschäftsjahr

(1) Der Zweckverband führt den Namen „Körse-Therme Kirschau“. Er hat seinen Sitz in Schirgiswalde-Kirschau, Landkreis Bautzen.

(2) Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

§ 2

Verbandsmitglieder

(1) Mitglieder des Zweckverbandes sind:

- der Landkreis Bautzen,

die Städte und Gemeinden

- Schirgiswalde-Kirschau,
 - Obergurig und
 - Sohland a. d. Spree
- im Landkreis Bautzen sowie die Gemeinde
- Beiersdorf
- im Landkreis Görlitz.

(2) Weitere Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie natürliche und juristische Personen des privaten Rechts können Mitglied des Zweckverbandes sein, wenn die Erfüllung der Verbandsaufgabe dadurch gefördert wird und Gründe des öffentlichen Wohls nicht entgegenstehen.

(3) Der Austritt eines Verbandsmitgliedes bedarf der Zustimmung der Versammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der satzungsgemäßen Stimmenzahl der Mitglieder und der Genehmigung der oberen Rechtsaufsichtsbehörde. Die Bedingungen des Austritts sind zwischen dem Zweckverband und dem austretenden Verbandsmitglied festzulegen. Sie müssen:

- a. den Aufwendungen des Zweckverbandes für das austretende Verbandsmitglied und der Wirtschaftlichkeit des Unternehmens für die im Zweckverband verbleibenden Verbandsmitglieder Rechnung tragen und

- b. den Anteil des austretenden Verbandsmitgliedes an einer Vermögensbildung des Zweckverbandes berücksichtigen.

Der Austritt darf dem Verbandszweck vom Grunde her nicht zuwiderlaufen.

(4) Soweit im Weiteren auf Einwohnerzahlen Bezug genommen wird, so sind jeweils die Angaben des Statistischen Landesamtes über die Einwohnerzahlen zum 30.06. des Vorjahres maßgeblich. Am 30. Juni 2022 lauteten diese wie folgt:

Verbandsmitglied	Einwohnerzahl
Landkreis Bautzen	298.507
Schirgiswalde-Kirschau	6.131
Sohland/Spree	6.598
Obergurig	2.089
Beiersdorf	1.116

§ 3

Aufgaben des Zweckverbandes

(1) Der Zweckverband führt das Freizeit- und Gesundheitsbad Körse-Therme mit ganzjähriger Nutzungsmöglichkeit in seiner Trägerschaft fort. Er kann zur Erfüllung der Aufgabe nach Satz 1 die Betriebsführung auf Dritte übertragen.

(2) Das Anlagevermögen und die Infrastruktur der Körse-Therme befinden sich im Eigentum des Zweckverbandes.

§ 4

Verbandsorgane

Die Verbandsorgane sind:

1. die Verbandsversammlung
2. der Verbandsvorsitzende.

§ 5

Zusammensetzung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus jeweils einem Vertreter eines jeden Verbandsmitgliedes. Vorsitzender der Verbandsversammlung ist der Verbandsvorsitzende.

(2) Der Landkreis wird durch den Landrat, die Stadt und die Gemeinden werden jeweils durch den Bürgermeister vertreten, sofern nicht auf deren Vorschlag das jeweilige Hauptorgan des Verbandsmitgliedes einen anderen leitenden Bediensteten zum Vertreter wählt.

(3) Der Stimmenanteil des Landkreises beträgt 51 %. Die Stimmenanteile der weiteren Verbandsmitglieder betragen in der Summe 49 % und bestimmen sich im Einzelnen danach, wie sie entsprechend § 16 Abs. 4 prozentual an den Umlagen beteiligt sind.

§ 6

Einberufung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung wird durch den Vorsitzenden schriftlich oder elektronisch einberufen. Die Einladung muss Tageszeit und Tagungsort sowie die Beratungsgegenstände angeben und soll den Verbandsmitgliedern in angemessener Frist vor der Sitzung zugehen.

(2) Die Verbandsversammlung ist jährlich mindestens zwei Mal einzuberufen. Sie muss einberufen werden, wenn

die Lage des Verbandes es verlangt, auf Antrag der Aufsichtsbehörde oder wenn ein Fünftel der Vertreter in der Verbandsversammlung dies schriftlich unter Angabe der Beratungsgegenstände beantragt.

§ 7

Aufgaben der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung ist das Hauptorgan des Zweckverbandes und überwacht die Ausführung ihrer Beschlüsse. Sie entscheidet über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit nicht der Verbandsvorsitzende auf Grund dieser Satzung oder kraft Gesetzes zuständig ist oder ihm die Verbandsversammlung bestimmte Aufgaben überträgt.

(2) Die Verbandsversammlung ist insbesondere zuständig für:

- a. die Änderung der Verbandssatzung, den Erlass, die Änderung und Aufhebung sonstiger Satzungen und Ordnungen,
- b. die Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan sowie die Haushaltssatzung mit ihren Teilen und Anlagen einschließlich der Festsetzung der Umlagen,
- c. die Feststellung des Jahresabschlusses,
- d. die Festsetzung der Gebühren und Entgelte,
- e. die Aufnahme weiterer Verbandsmitglieder, das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern und die Auflösung des Zweckverbandes,
- f. die Wahl des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters,
- g. die Übernahme weiterer Aufgaben,
- h. die Entscheidung über die Ausführung von Bauvorhaben bei einem Betrag von mehr als 100.000 Euro im Einzelfall sowie die Realisierung von sonstigen Vorhaben (Lieferungen und Dienstleistungen) bei einem Betrag von mehr als 50.000 Euro im Einzelfall. Die Wertgrenze bezieht sich auf den einheitlichen wirtschaftlichen Vorgang.
- i. die Übernahme von Bürgschaften sowie die Bestellung sonstiger Sicherheiten,
- j. die Entscheidung über über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen bezüglich Bauleistungen, soweit diese im Einzelfall einen Betrag von 50.000 Euro übersteigen, sowie bezüglich sonstiger Leistungen (Lieferungen und Dienstleistungen), soweit diese im Einzelfall einen Betrag von 10.000 Euro übersteigen,
- k. den Erwerb, die Belastung und die Veräußerung von Grundstücken des Zweckverbandes,
- l. die Errichtung, Erweiterung, Übernahme und Veräußerung von Einrichtungen des Zweckverbandes.

§ 8

Beschlussfassung der Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der satzungsgemäßen Stimmen der Verbandsversammlung vertreten ist. Sie beschließt mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsgemäßen Stimmen, sofern gesetzlich keine höhere oder durch diese Satzung keine andere Mehrheit vorgesehen ist. Ist die Verbandsversammlung nicht beschlussfähig, wird innerhalb von sechs Wochen eine neue Verbandsversammlung einberufen. Die erneut einberufene Verbandsversammlung ist unabhängig von der Zahl der anwesenden Verbandsräte oder ihrer Stellvertreter beschlussfähig, wenn hierauf in der Einladung ausdrücklich hingewiesen wurde.

§ 9**Rechtsstellung der Vertreter**

Die Vertreter der Verbandsversammlung sind ehrenamtlich tätig.

§ 10**Verbandsvorsitzender**

(1) Der Verbandsvorsitzende und dessen Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus der Mitte der gemäß § 5 Abs. 2 entsandten Vertreter mit mindestens zwei Dritteln der satzungsgemäßen Stimmen gewählt.

(2) Die Amtsdauer des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters endet mit dem Ablauf ihrer Wahlperiode bzw., soweit diese keine kommunalen Wahlbeamten sind, nach längstens fünf Jahren.

(3) Der Verbandsvorsitzende übt sein Amt bis zum Amtsantritt des neu Gewählten weiter aus.

§ 11**Zuständigkeit des Verbandsvorsitzenden**

(1) Der Verbandsvorsitzende vertritt den Zweckverband nach außen und vollzieht die Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er ist insbesondere zuständig für:

- a. Vollzug des Haushaltsplanes,
- b. Entscheidung über die Ausführung von Bauvorhaben bis zu einem Betrag von 100.000 EUR im Einzelfall sowie die Realisierung von sonstigen Vorhaben (Lieferungen und Dienstleistungen) bis zu einem Betrag von 50.000 EUR im Einzelfall. Die Wertgrenze bezieht sich auf den einheitlichen wirtschaftlichen Vorgang.,
- c. Entscheidung über die Vergabe von Bauleistungen sowie Lieferungs- und Dienstleistungen einschließlich freiberuflicher Leistungen im Rahmen des Haushaltsplanes,
- d. den Abschluss, die Änderung und Auflösung von Verträgen,
- e. für über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bezüglich Bauleistungen bis zu einer Höhe von 50.000 EUR im Einzelfall sowie bezüglich sonstiger Leistungen (Lieferungen und Dienstleistungen) bis zu einer Höhe von 10.000 EUR im Einzelfall.,
- f. die Aufnahme von Krediten für Investitionen/ Investitionsfördermaßnahmen im Rahmen der Haushaltssatzung,
- g. die Aufnahme von Kassenkrediten im Rahmen der HH-Satzung.

(2) Durch besonderen Beschluss der Verbandsversammlung können dem Vorsitzenden im Einzelfall weitere Aufgaben zur selbständigen Erledigung übertragen werden.

§ 12**Rechtsstellung des Verbandsvorsitzenden**

Der Verbandsvorsitzende und sein Stellvertreter sind ehrenamtlich tätig.

§ 13**Geschäftsstelle**

(1) Der Zweckverband unterhält eine Geschäftsstelle. Die Geschäftsstelle führt die Verwaltungsgeschäfte für den Verband nach den Weisungen des Verbandsvorsitzenden.

(2) Die Geschäftsstelle wird von einem Geschäftsführer geleitet.

§ 14**Beschäftigte**

(1) Der Zweckverband beschäftigt hauptamtliche Bedienstete. Es wird ein hauptamtlicher Bediensteter zur Leitung der Geschäfte des Zweckverbandes (Geschäftsführer) beschäftigt.

(2) Die Ernennung, Einstellung, Höhergruppierung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidung bezüglich des Geschäftsführers obliegt der Verbandsversammlung. Sie bedarf der einfachen Mehrheit der satzungsmäßigen Stimmen.

(3) Die Ernennung, Einstellung, Höhergruppierung, Entlassung und sonstige personalrechtliche Entscheidung bezüglich der übrigen Bediensteten des Zweckverbandes obliegt dem Verbandsvorsitzenden nach Maßgabe des von der Verbandsversammlung im Rahmen der Haushaltssatzung beschlossenen Stellenplanes.

§ 15**Haushaltswirtschaft und Prüfungswesen**

(1) Auf die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung des Zweckverbandes finden die für kommunale Eigenbetriebe geltenden Vorschriften entsprechend Anwendung. Dabei tritt an die Stelle:

der Gemeinde	der Zweckverband,
der Betriebssatzung	die Verbandssatzung,
des Gemeinderates	die Verbandsversammlung,
des Bürgermeisters	der Verbandsvorsitzende.

(2) Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.

(3) Der Zweckverband lässt die örtliche Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Bautzen durchführen.

§ 16**Deckung des Finanzbedarfs, Umlageschlüssel**

(1) Der Zweckverband führt das Bad Körse-Therme als öffentliche Einrichtung und trägt sämtliche Kosten, die im Zusammenhang mit der Aufgabenerfüllung nach § 3 Abs. 1 entstehen. Die Bedingungen für die Benutzung der öffentlichen Einrichtung werden privatrechtlich ausgestaltet.

(2) Der Zweckverband deckt seinen Finanzbedarf durch Einnahmen aus Eintrittsgeldern, Mieten, Pachten und sonstigen Einnahmen.

(3) Soweit die Einnahmen nach Abs. 2 zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband von den Verbandsmitgliedern Umlagen. Die Umlagen werden erhoben für die nicht gedeckten Sach-, Personal- und Betriebsaufwendungen sowie sonstigen nicht gedeckten Kosten (Betriebskostenumlage) sowie für den nicht gedeck-

ten Finanzbedarf zur Errichtung, Erweiterung und Erneuerung der Gemeinschaftsanlagen und den nicht gedeckten Schuldendienst (Investitionskostenumlage).

(4) Der Landkreis Bautzen ist mit 51 % an den Betriebskosten- und Investitionskostenumlagen beteiligt. Die prozentuale Beteiligung für die übrigen Verbandsmitglieder beträgt in der Summe 49 % und errechnet sich im Einzelnen aus der Multiplikation der Einwohnerzahlen zum Stichtag gemäß § 2 Abs. 4 mit einem Faktor, welcher den Standortvorteil beinhaltet. So erhält die Belegengitsgemeinde Faktor 3. Die an diese Gemeinde geographisch Angrenzenden erhalten Faktor 2. Alle weiteren Gemeinden erhalten Faktor 1. Abweichend davon erhält Obergurig aufgrund der besonderen geographischen Lage Faktor 1,5. Daraus ergibt sich im Einzelnen folgende prozentuale Beteiligung der übrigen Verbandsmitglieder an den Betriebskosten- und Investitionskostenumlagen:

Stadt/ Gemeinde	Faktor	Einwohner- zahl	Prozentuale Beteiligung
Schirgiswalde-Kirschau	3	6.131	25,15 %
Sohland a.d. Spree	2	6.598	18,04 %
Obergurig	1,5	2.089	4,28 %
Beiersdorf	1	1.116	1,53 %

Eine Veränderung der prozentualen Beteiligung an der jeweiligen Umlage erfolgt, wenn sich die maßgebliche Einwohnerzahl einer Verbandsgemeinde gem. § 2 Abs. 4 um mehr als 10 % oder der Gebietsstand einer Mitgliedsgemeinde, bezogen auf den Stand 30.06.2022, verändert.

(5) Umlagen sind in der jährlichen Haushaltssatzung festzusetzen und zu beschließen. Die voraussichtliche Höhe der Umlage soll den Verbandsmitgliedern zum Zwecke der Haushaltsplanung rechtzeitig mitgeteilt werden. Die Umlage wird in vier Raten jeweils am 18. des zweiten Monats jedes Quartals fällig. Bis zum rechtswirksamen Erlass der Haushaltssatzung für das laufende Wirtschaftsjahr kann der Zweckverband vorläufige Umlagen nach den Sätzen des Vorjahres erheben.

§ 17

Auflösung und Abwicklung

(1) Bei Auflösung des Zweckverbandes wird das vorhandene Vermögen nach Abzug der Verbindlichkeiten im Verhältnis der satzungsgemäßen Stimmen nach Maßgabe des § 5 Abs. 3 auf die Verbandsmitglieder aufgeteilt. Übersteigen die Verbindlichkeiten das vorhandene Vermögen, so ist der

Fehlbetrag nach dem gleichen Verhältnis auf die Verbandsmitglieder umzulegen.

(2) Die Verbandsversammlung führt die Liquidation durch. Im Übrigen gelten für die Auflösung des Zweckverbandes und die Abwicklung die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen.

§ 18

Streitigkeiten

Bei Streitigkeiten zwischen dem Zweckverband und seinen Verbandsmitgliedern oder bei Streitigkeiten der Verbandsmitglieder untereinander über Rechte und Pflichten aus dem Verbandsverhältnis ist die Rechtsaufsichtsbehörde zur Schlichtung anzurufen.

§ 19

Öffentliche Bekanntmachungen

Die öffentlichen Bekanntmachungen erfolgen gemäß § 4 SächsEGovG (Sächsisches E-Government-Gesetz) im elektronischen Amtsblatt des Zweckverbandes durch Einstellung auf der Homepage unter <http://www.koerse-therme.de/veroeffentlichungen/>. Über die Seite besteht die Möglichkeit, einen Newsletter zu abonnieren bzw. Ausdrücke der Veröffentlichungen anzufordern. Sind Pläne, Karten oder andere zeichnerische Darstellungen Bestandteil einer Satzung, so kann die öffentliche Bekanntmachung dieser Teile dadurch ersetzt werden, dass sie zur kostenlosen Einsicht durch jedermann während der Dienststunden in der Geschäftsstelle des Zweckverbandes in 02681 Schirgiswalde-Kirschau, Badweg 3 eingesehen werden können. Hierauf muss in der Veröffentlichung hingewiesen werden.

Soweit durch Rechtsvorschrift die ortsübliche Bekanntmachung bzw. Bekanntgabe vorgeschrieben ist, erfolgt diese nach den Bestimmungen dieser Satzung über die öffentliche Bekanntmachung.

§ 20

Inkrafttreten

Diese Verbandssatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung des Zweckverbandes Körse-Therme Kirschau vom 25.05.2016 außer Kraft.

Schirgiswalde-Kirschau, den 5. April 2023

Sven Gabriel
Verbandsvorsitzender

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der sechsten Änderungssatzung
zur Verbandssatzung des Zweckverbandes
„Allwetterbad Großschönau“
vom 8. März 2023**

Gz.: 20-2217/19/2

Vom 16. August 2023

Die Landesdirektion Sachsen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 5. Juli 2023 auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die von der Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Allwetterbad Großschönau“ am 8. März 2023 beschlossene 6. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Zweckverbandes „Allwetterbad Großschönau“ genehmigt.

Die 6. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Zweckverbandes „Allwetterbad Großschönau“ tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lidsachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, den 16. August 2023

Landesdirektion Sachsen
Harder
Stellvertretender Referatsleiter

6. Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Zweckverbandes „Allwetterbad Großschönau“ vom 12. Dezember 2003, geändert mit Änderungssatzung vom 07. Juni 2007, 27. November 2008, 11. Juni 2009, 27. September 2011 und 15. Dezember 2016

Auf der Grundlage der §§ 61 Abs. 1, 26 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Allwetterbad Großschönau“ am 8. März 2023 die folgende Satzung beschlossen.

Artikel 1 – Änderungen

Der Absatz 2 des § 14 Deckung des Finanzbedarfs, Umlageschlüssel wird ersatzlos gestrichen.

Vormals § 14 Absatz 3 wird nunmehr zu Absatz 2:

(2) Soweit die Einnahmen nach Abs. 1 zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband von den Verbandsmitgliedern Umlagen anteilig nach dem Stimmenverhältnis gemäß § 5 Abs. 2.

§ 17 Öffentliche Bekanntmachungen wird geändert und lautet nunmehr wie folgt:

(1) Öffentliche Bekanntmachungen des Zweckverbandes erfolgen in der elektronischen Ausgabe des Amtsblattes des Landkreises Görlitz unter dem Titel „Amtsblatt des Landkreises Görlitz, Hamtske žopjeno wokrjesa Zhorjelca“ unter <https://amtsblatt.landkreis.gr>.

§ 17 Öffentliche Bekanntmachungen wird um einen Absatz 2 ergänzt:

(2) Soweit durch Rechtsvorschrift die ortsübliche Bekanntmachung oder die ortsübliche Bekanntgabe vorgeschrieben ist, erfolgt diese nach den Bestimmungen dieser Satzung über die öffentliche Bekanntmachung gemäß § 17 Absatz 1.

Artikel 2 – Inkrafttreten

Die 6. Änderung zur Verbandssatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung und der Bekanntmachung ihrer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde in Kraft.

Großschönau, 8. März 2023

Dr. Stephan Meyer
Verbandsvorsitzender

Hinweise nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung:

Gemäß § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung gelten Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften zu Stande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zu Stande gekommen.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 der Sächsischen Gemeindeordnung wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- und Formvorschrift gegenüber dem Zweckverband unter Bezeichnung des Sachverhaltes, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in § 4 Absatz 4 Satz 1 der Sächsischen Gemeindeordnung genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der Änderungssatzung
zur Verbandssatzung des Wasserzweckverbandes
„Mittlere Neiße – Schöps“ vom 21. April 2023**

Gz.: 20-2217/15/2

Vom 17. August 2023

Die Landesdirektion Sachsen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 10. Juli 2023 auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die von der Versammlung des Wasserzweckverbandes „Mittlere Neiße – Schöps“ am 21. April 2023 beschlossene Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Wasserzweckverbandes „Mittlere Neiße – Schöps“ genehmigt.

Die Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Wasserzweckverbandes „Mittlere Neiße – Schöps“ tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, 17. August 2023

Landesdirektion Sachsen
Harder
Stellvertretender Referatsleiter

Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Wasserzweckverbandes „Mittlere Neiße – Schöps“

Auf der Grundlage der §§ 61 Abs. 1, 26 Abs. 1 Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (Sächs-KomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung des Wasserzweckverbandes „Mittlere Neiße – Schöps“ am 21. April 2023 folgende Änderung der Verbandssatzung in der Fassung vom 09. Juni 2022 (SächsABl. S. 1231 ff.) beschlossen:

Artikel 1 Änderungen

1. § 1 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:
„Der Verband führt den Namen Wasserzweckverband „Mittlere Neiße – Schöps“. Er hat seinen Sitz in 02943 Weißwasser/O.L., Schulstraße 6.“

2. § 15 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:
„Der Verbandsvorsitzende und drei Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus der Mitte ihrer gemäß § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG entsandten Vertreter gewählt.“
3. § 29 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:
„Soweit gesetzlich nichts anderes vorgeschrieben ist, erfolgen die öffentlichen und ortsüblichen Bekanntmachungen sowie die ortsüblichen Bekanntgaben des WZV im Wochenkurier, Ausgaben Weißwasser, Niesky und Hoyerswerda.“

Artikel 2 In-Kraft-Treten

Diese Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Wasserzweckverbandes „Mittlere Neiße – Schöps“ tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Boxberg/O.L., den 21. April 2023

Wasserzweckverband „Mittlere Neiße – Schöps“
Jörg Funda
Verbandsvorsitzender

Bekanntmachungsvermerk

Die vorstehende Änderungssatzung zur Verbandssatzung des Wasserzweckverbandes „Mittlere Neiße – Schöps“ vom 21. April 2023 wird hiermit bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen sind, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang gültig zustande gekommen gelten.

Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,

3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 52 Absatz 2 wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,
4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen. Sätze 1 bis 3 sind nur anzuwenden, wenn bei der Bekanntmachung der Satzung auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden ist.

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der Neufassung
der Verbandssatzung des Zweckverbandes
„Flugplatzverwaltung Rothenburg Oberlausitz-Niederschlesien“
Vom 15. Juni 2023**

Gz.: 20-2217/182/1

Vom 17. August 2023

Die Landesdirektion Sachsen hat als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 13. Juli 2023 auf der Grundlage des § 61 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, die von der Versammlung des Zweckverbandes „Flugplatzverwaltung Rothenburg Oberlausitz-Niederschlesien“ am 15. Juni 2023 beschlossene Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes „Flugplatzverwaltung Rothenburg Oberlausitz-Niederschlesien“ genehmigt.

Die Neufassung der Verbandssatzung des Zweckverbandes „Flugplatzverwaltung Rothenburg Oberlausitz-Niederschlesien“ tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung und der Satzung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <https://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Dresden, 17. August 2023

Landesdirektion Sachsen
Harder
Stellvertretender Referatsleiter

Verbandssatzung des Zweckverbandes „Flugplatzverwaltung Rothenburg Oberlausitz-Niederschlesien“

Vom 15. Juni 2023

Auf der Grundlage der § 61 Abs. 1, § 26 Abs. 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S.134) geändert worden ist, hat die Verbandsversammlung des Zweckverbandes „Flugplatzverwaltung Rothenburg Oberlausitz-Niederschlesien“ am 15. Juni 2023 die folgende Satzung beschlossen.

§ 1 Verbandsmitglieder

Die Verbandsmitglieder sind:

- der Landkreis Görlitz
- die Große Kreisstadt Görlitz
- die Stadt Rothenburg/OL.

Die oben genannten Mitglieder sind Körperschaften des öffentlichen Rechts.

Sobald weitere Mitglieder dem Zweckverband beitreten, ist dieser Paragraph zu erweitern.

§ 2 Aufgaben, Verbandsgebiet

Der Verband hat die Aufgabe, die Liegenschaften der Verkehrslandeplätze in Rothenburg und Görlitz so zu entwickeln, dass sie ihrer regionalen und lokalen Bedeutung gerecht werden und damit in der Region Oberlausitz-Niederschlesien und für die Stadt Görlitz und Umgebung ein sichtbarer Standortvorteil entsteht.

Er hat die Aufgabe, Wartungs-, Flug- und Schulungsunternehmen auf diesen Plätzen anzusiedeln.

Er hat die vordringliche Aufgabe, die Plätze als Lande- und Starteinrichtungen zu erhalten. Er dient dem öffentlichen Wohl und hat nicht die Absicht, Gewinne zu erzielen.

Durch Vertrag kann der Verband Aufgaben ganz oder teilweise an Dritte übertragen. Der Zweckverband darf zur Erfüllung seiner Aufgaben wirtschaftliche Unternehmen errichten oder sich daran beteiligen.

Das Verbandsgebiet erstreckt sich in den Gemarkungen Rothenburg: auf die Teilfläche der ehemaligen militärischen Liegenschaft westlich der Gleisanlage (in der Anlage 1 dargestellt); und
Görlitz: auf die Teilfläche der Liegenschaft des Flugplatzes Görlitz, Flur 44, Flurstücke 471, 472, 473 und 453 (in der Anlage 2 dargestellt).

§ 3 Name und Sitz

- (1) Der Zweckverband führt den Namen:
Zweckverband „Flugplatzverwaltung
Rothenburg Oberlausitz-Niederschlesien“

- (2) Er hat seinen Sitz in Rothenburg/OL.

- (3) Der Zweckverband führt ein Siegel mit der Schrift
Zweckverband
„Flugplatzverwaltung Rothenburg
Oberlausitz-Niederschlesien“.

§ 4 Organe

Organe des Verbandes sind:

- die Verbandsversammlung und
- der Verbandsvorsitzende.

§ 5 Zusammensetzung der Verbandsversammlung

(1) Die Verbandsversammlung besteht aus den gesetzlichen Vertretern der Verbandsmitglieder. Eine Gemeinde wird in der Verbandsversammlung durch den Bürgermeister, ein Landkreis durch den Landrat und ein Verwaltungs- oder Zweckverband durch den Verbandsvorsitzenden vertreten, sofern nicht auf dessen Vorschlag das Hauptorgan des Verbandsmitglieds einen anderen leitenden Bediensteten zum Vertreter wählt.

Weitere Vertreter werden durch das Hauptorgan des Verbandsmitgliedes gewählt.

Für jeden weiteren Vertreter ist ein Stellvertreter zu bestimmen.

(2) Neben den geborenen Vertretern entsenden die Verbandsmitglieder zusätzlich

- | | |
|--------------------------------|-----------------|
| – der Landkreis Görlitz | drei Vertreter, |
| – die Große Kreisstadt Görlitz | zwei Vertreter, |
| – die Stadt Rothenburg/OL | ein Vertreter. |

(3) Die Verbandsmitglieder teilen dem Verband die Namen der gewählten Vertreter und deren Stellvertreter schriftlich mit.

Die Vertreter der Verbandsmitglieder und deren Stellvertreter führen die Geschäfte nach Ablauf der Wahlperiode bis zur Neuwahl der weiteren Vertreter fort.

(4) Die Stimmen eines Verbandsmitgliedes werden einheitlich durch dessen gesetzlichen Vertreter abgegeben.

Die satzungsmäßige Stimmenzahl wird auf 15 Stimmen festgelegt, davon erhält:

- | | |
|--------------------------------|----------------|
| – der Landkreis Görlitz | sechs Stimmen, |
| – die Große Kreisstadt Görlitz | fünf Stimmen, |
| – die Stadt Rothenburg/OL | vier Stimmen. |

Die Verbandsmitglieder können ihren Vertretern Weisungen erteilen.

§ 6**Aufgaben der Versammlung**

(1) Die Versammlung beschließt über die Angelegenheiten des Verbandes, die ihrer Bedeutung nach einer solchen Entscheidung bedürfen oder denen sie sich die Beschlussfassung vorbehält.

(2) Sie beschließt ausschließlich über:

1. den Erlass und die Änderung der Haushaltssatzung und über den im Rahmen der Haushaltssatzung zu beschließenden Haushaltsplan
2. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Behandlung des Jahresergebnisses
3. die wertsteigernden Maßnahmen und den Erwerb von Grundstücken
4. die Aufnahme weiterer Verbandsmitglieder
5. die Änderung der Verbandssatzung nach Zustimmung der Verbandsmitglieder
6. den Abschluss von Verträgen mit einem Wert von über 15.000 Euro, soweit diese nicht im Rahmen des gemäß Ziffer 1 zu beschließenden Haushaltsplanes durchgeführt werden
7. den Austritt und die Auseinandersetzung beim Ausscheiden von Verbandsmitgliedern
8. die Auflösung des Verbandes
9. den Ausschluss einzelner Verbandsmitglieder
10. die Übertragung von Aufgaben an Dritte
11. die Errichtung von oder die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen.

§ 7**Einberufung**

(1) Die Versammlung wird vom Vorsitzenden schriftlich oder in elektronischer Form unter Mitteilung von Ort, Zeit und Tagesordnung einberufen. Die Einberufung erfolgt so oft es die Geschäftslage erfordert, jedoch mindestens einmal pro Jahr. Die Einladungsfrist beträgt 14 Kalendertage. Der Vorsitzende hat die Versammlung unverzüglich einzuberufen, wenn es ein Fünftel der Verbandsräte unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes beantragt.

In Eilfällen kann der Verbandsvorsitzende die Versammlung ohne Einhaltung einer Frist, formlos und nur unter Angabe der Verhandlungsgegenstände einberufen.

(2) Die Sitzungen der Versammlung sind in der Regel öffentlich. Ort, Zeit und Tagesordnung sind rechtzeitig vor der Sitzung ortsüblich bekannt zu geben.

§ 8**Beschlussfähigkeit**

Die Versammlung ist beschlussfähig, wenn sämtliche Vertreter ordnungsgemäß geladen wurden und mindestens die Hälfte der nach § 52 Abs. 1 Satz 4 und Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG stimmführenden Vertreter der Verbandsmitglieder anwesend sind.

§ 9**Abstimmung**

(1) Beschlüsse werden mit Mehrheit auf „JA“ oder „NEIN“ lautenden Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Beschluss als abgelehnt.

(2) Eine Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsmäßigen Stimmenzahl ist jedoch bei Beschlüssen nach § 6 Abs. 2, ausgenommen Nr. 4, 7, 8 und 9, erforderlich.

(3) Über Gegenstände einfacher Art und geringer Bedeutung kann im schriftlichen oder elektronischen Verfahren beschlossen werden. Ein hierbei gestellter Antrag ist angenommen, wenn kein Mitglied dem Verfahren widerspricht.

§ 10**Niederschrift**

Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie ist vom Verbandsvorsitzenden, zwei Vertretern, die an der Sitzung teilgenommen haben und dem Schriftführer zu unterzeichnen. Einzelbeschlüsse zur Niederschrift sind durch den Zweckverbandsvorsitzenden mit Siegel zu unterzeichnen.

§ 11**Verbandsvorsitzender**

(1) Der Verbandsvorsitzende und mindestens ein Stellvertreter werden von der Versammlung aus der Mitte ihrer gemäß § 52 Abs. 3 Satz 1 SächsKomZG entsandten Vertreter gewählt. Sie werden für die Dauer von 5 Jahren, sind sie Inhaber eines kommunalen Wahlamtes eines Verbandsmitgliedes, für die Dauer dieses Amtes gewählt.

Der Vorsitzende muss der gesetzliche Vertreter eines Mitgliedes sein. Scheidet einer der Gewählten aus der Versammlung aus, so endet auch seine Tätigkeit als Vorsitzender oder als Stellvertreter. Die Versammlung wählt für die restliche Amtsdauer einen Nachfolger. Der Verbandsvorsitzende ist Vorsitzender der Versammlung und Leiter der Verbandsverwaltung. Er bereitet die Sitzungen der Versammlung vor und vollzieht die Beschlüsse. Er ist gesetzlicher Vertreter des Zweckverbandes. Er hat die Versammlung über alle wichtigen Angelegenheiten des Verbandes zu unterrichten.

(2) Der Verbandsvorsitzende erledigt in eigener Zuständigkeit die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihm durch Gesetz, durch diese Satzung oder durch Beschluss der Versammlung übertragen Aufgaben. Er kann sich einer Geschäftsbesorgung bedienen, die der Beschlussfassung der Versammlung im Einvernehmen mit dem Verbandsvorsitzenden bedarf.

(3) In dringenden Angelegenheiten, deren Erledigung auch nicht bis zu einer ohne Frist und formlos einzuberufenden Sitzung der Versammlung aufgeschoben werden kann, entscheidet der Verbandsvorsitzende anstelle der Versammlung. Die Gründe für diese Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind den Mitgliedern der Versammlung unverzüglich (ohne schuldhaftes Zögern) mitzuteilen.

§ 12**Verwaltung des Zweckverbandes**

Der Zweckverband hat keine hauptamtlichen Bediensteten. Die allgemeine Verwaltung des Zweckverbandes erfolgt über Geschäftsbesorgung. Die Kosten dafür trägt der Zweckverband.

§ 13**Recht und Pflichten der Verbandsversammlung**

(1) Die Mitglieder der Verbandsversammlung sind ehrenamtlich tätig. Für sie gelten die Festlegungen in der gültigen Sächsischen Gemeindeordnung über ehrenamtliche Tätigkeit.

(2) Für Gewährung der Aufwandsentschädigung und Auslagen an Mitglieder und der Verbandsorgane kann die Verbandsversammlung durch gesonderte Satzungen Regelungen treffen.

§ 14**Wirtschaftsführung und Prüfungswesen**

(1) Für die Haushaltsführung gelten die Bestimmungen der Sächsischen Gemeindeordnung entsprechend. Ausgenommen sind die Vorschriften über das Rechnungsprüfungsamt und den Fachbediensteten für das Finanzwesen.

(2) Der Zweckverband bedient sich beim Prüfungswesen eines anderen kommunalen Rechnungsprüfungsamtes. Die Verbandsversammlung entscheidet durch welches Rechnungsprüfungsamt die Prüfung erfolgt.

§ 15**Verbandsumlagen**

Soweit Kosten für die Errichtung und Unterhaltung der erforderlichen Verbandsanlagen durch privatrechtliche Entgelte, Beiträge und Gebühren nicht gedeckt werden, können von den Verbandsmitgliedern Umlagen nach dem Verhältnis der Zahl der im Verbandsgebiet gemeldeten Einwohner erhoben werden. Maßgebend sind die vom Statistischen Landesamt herausgegebenen amtlichen Einwohnerzahlen. Für die Höhe der Einwohnerzahlen gilt der Stand per 30. Juni des Vorjahres.

§ 16**Bekanntmachungen**

(1) Öffentliche Bekanntmachungen des Zweckverbandes erfolgen in einer elektronischen Ausgabe des Amtsblattes des Landkreises Görlitz, unter dem Titel „Amtsblatt des Landkreises Görlitz, Hamske łopjeno wokrjesa Zhorjelca“ 14-tägig mittwochs in den geraden Kalenderwochen auf der Internetseite des Landkreises Görlitz unter: <https://amtsblatt.landkreis.gr>, sofern bundes- oder landesrechtlich nichts anderes geregelt ist.

(2) Ortsübliche Bekanntmachungen und ortsübliche Bekanntgaben des Zweckverbandes erfolgen in einer elektronischen Ausgabe des Amtsblattes des Landkreises Görlitz, unter dem Titel „Amtsblatt des Landkreises Görlitz, Hamske łopjeno wokrjesa Zhorjelca“ 14-tägig mittwochs in den geraden Kalenderwochen auf der Internetseite des Landkreises Görlitz unter: <https://amtsblatt.landkreis.gr>, sofern bundes- oder landesrechtlich nichts anderes geregelt ist.

(3) Satzungen des Zweckverbandes sind im vollen Wortlaut öffentlich bekanntzumachen.

Die Bekanntmachung von Bestandteilen der Satzung, die zeichnerische Darstellungen von Plänen enthalten, kann in der Weise vorgenommen werden, dass in der Satzung der wesentliche Inhalt der Anlagen umschrieben sowie in der Bekanntmachung der Satzung angegeben wird, an welchem

Ort und zu welcher Zeit diese Anlagen für die Dauer von mindestens zwei Wochen eingesehen werden können. Hierauf muss in der Bekanntmachung hingewiesen werden.

§ 17**Aufnahme neuer Verbandsmitglieder**

(1) Dem Zweckverband können weitere Mitglieder gemäß § 44 SächsKomZG beitreten.

(2) Die Aufnahme eines weiteren Verbandsmitgliedes bedarf der Zustimmung von drei Vierteln der satzungsmäßigen Stimmen der Verbandsversammlung.

§ 18**Ausscheiden von Mitgliedern**

(1) Will ein Verbandsmitglied aus dem Zweckverband ausscheiden, so hat es diese Absicht dem Verband schriftlich anzuzeigen.

Diese Erklärung ist mit mindestens einjähriger Frist zum Ende eines Kalenderjahres zulässig.

(2) Über den Antrag eines Verbandsmitgliedes auf Ausscheiden entscheidet die Verbandsversammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der Stimmen aller Vertreter der Verbandsversammlung. Über die Rechte und Pflichten des ausscheidenden Verbandsmitgliedes hat eine Auseinandersetzung stattzufinden. Kommt keine Einigung zustande, trägt das ausscheidende Mitglied alle aus dem Austritt entstehenden Folgekosten. Das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

§ 19**Auflösung des Zweckverbandes**

(1) Der Zweckverband kann mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln der satzungsgemäßen Stimmenzahl der Verbandsmitglieder seine Auflösung beschließen. Der Beschluss über die Auflösung bedarf der Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde.

(2) Aus dringenden Gründen des öffentlichen Wohls kann die obere Rechtsaufsichtsbehörde nach Anhörung der Beteiligten die Auflösung des Zweckverbandes oder den Ausschluss einzelner Verbandsmitglieder anordnen.

(3) Der Zweckverband ist aufgelöst, wenn seine Aufgaben vollständig auf eine andere Körperschaft des öffentlichen Rechts übergehen oder wenn er nur noch aus einem Mitglied besteht. Im letzten Fall tritt das Mitglied an die Stelle des Zweckverbandes. Die Rechtsaufsichtsbehörde hat die Auflösung und den Übergang der Aufgaben öffentlich bekannt zu machen.

§ 20**Abwicklung im Falle der Auflösung des Verbandes**

Im Falle der Auflösung des Verbandes erfolgt die Abwicklung durch zwei von der Verbandsversammlung gewählte Liquidatoren, die grundsätzlich Mitglieder der letzten Verbandsversammlung sein sollen. Das Vermögen und die Schulden werden unter die Verbandsmitglieder nach dem Verteilerschlüssel der letzten Verbandsumlage verteilt. Wenn vor der Auflösung des Verbandes keine Verbandsumlagen erhoben wurden, gilt § 15 entsprechend.

**§ 21
In-Kraft-Treten**

Die Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung dieser Satzung und der öffentli-

chen Bekanntmachung dieser Satzung durch die Rechtsaufsichtsbehörde in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verbandssatzung vom 29. März 2019 mit ihren Änderungen außer Kraft.

Rothenburg, den 15. Juni 2023

Zweckverband „Flugplatzverwaltung Rothenburg Oberlausitz-Niederschlesien“
Dr. Stephan Meyer
Landrat
Verbandsvorsitzender

Hinweis nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung

Nach § 4 Absatz 4 der Sächsischen Gemeindeordnung gilt die vorstehende Satzung, sofern sie unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften zustande gekommen ist, ein Jahr nach ihrer Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. Dies gilt nicht, wenn

1. die Ausfertigung der Satzung nicht oder fehlerhaft erfolgt ist,
2. Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzungen, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
3. der Verbandsvorsitzende dem Beschluss nach § 56 Absatz 3 in Verbindung mit § 21 Absatz 3 des Sächsischen

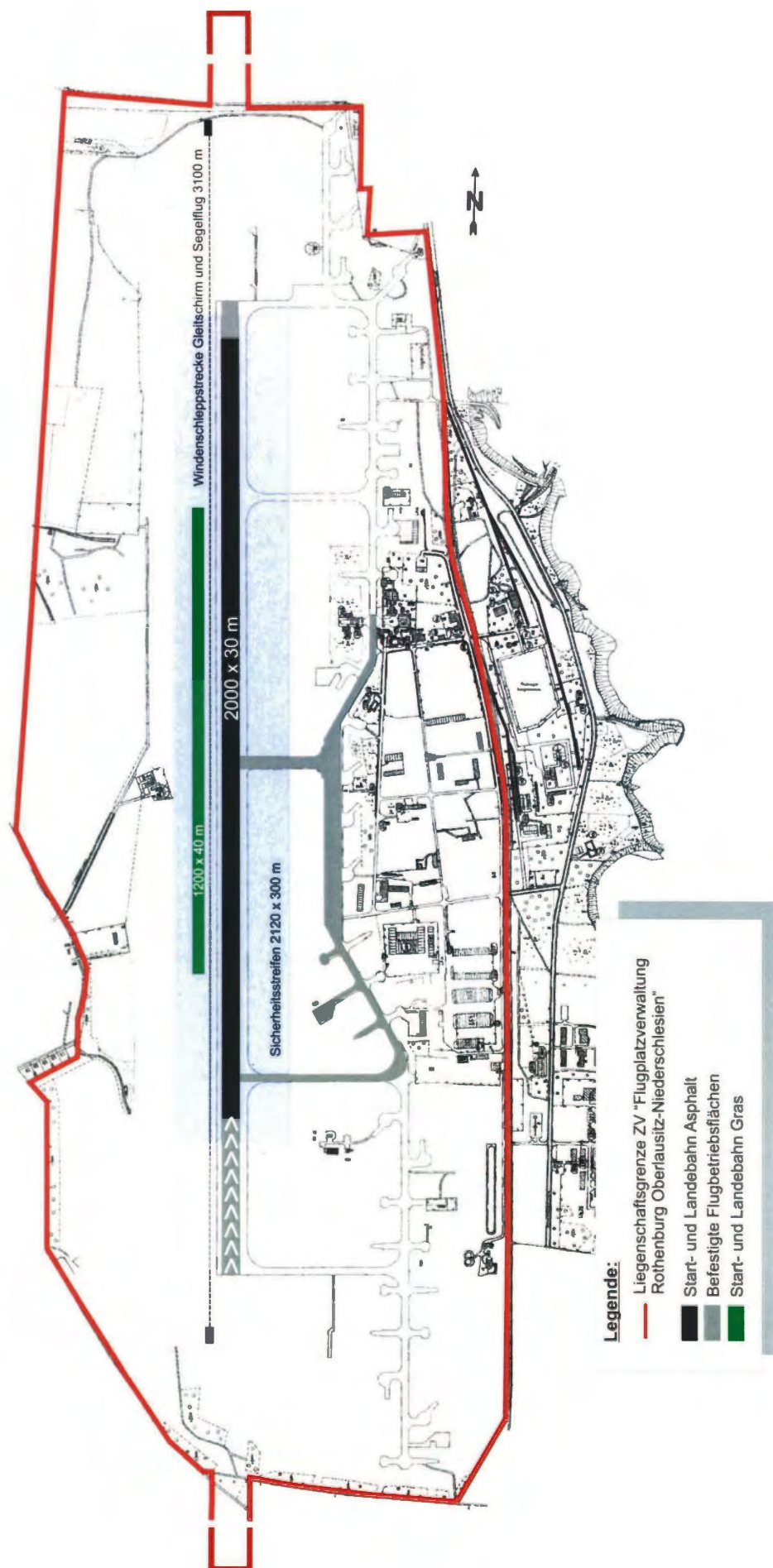
Gesetzen über kommunale Zusammenarbeit wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat,

4. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist
 - a) die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder
 - b) die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschrift gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht worden ist.

Ist eine Verletzung nach Satz 2 Nummer 3 oder 4 geltend gemacht worden, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

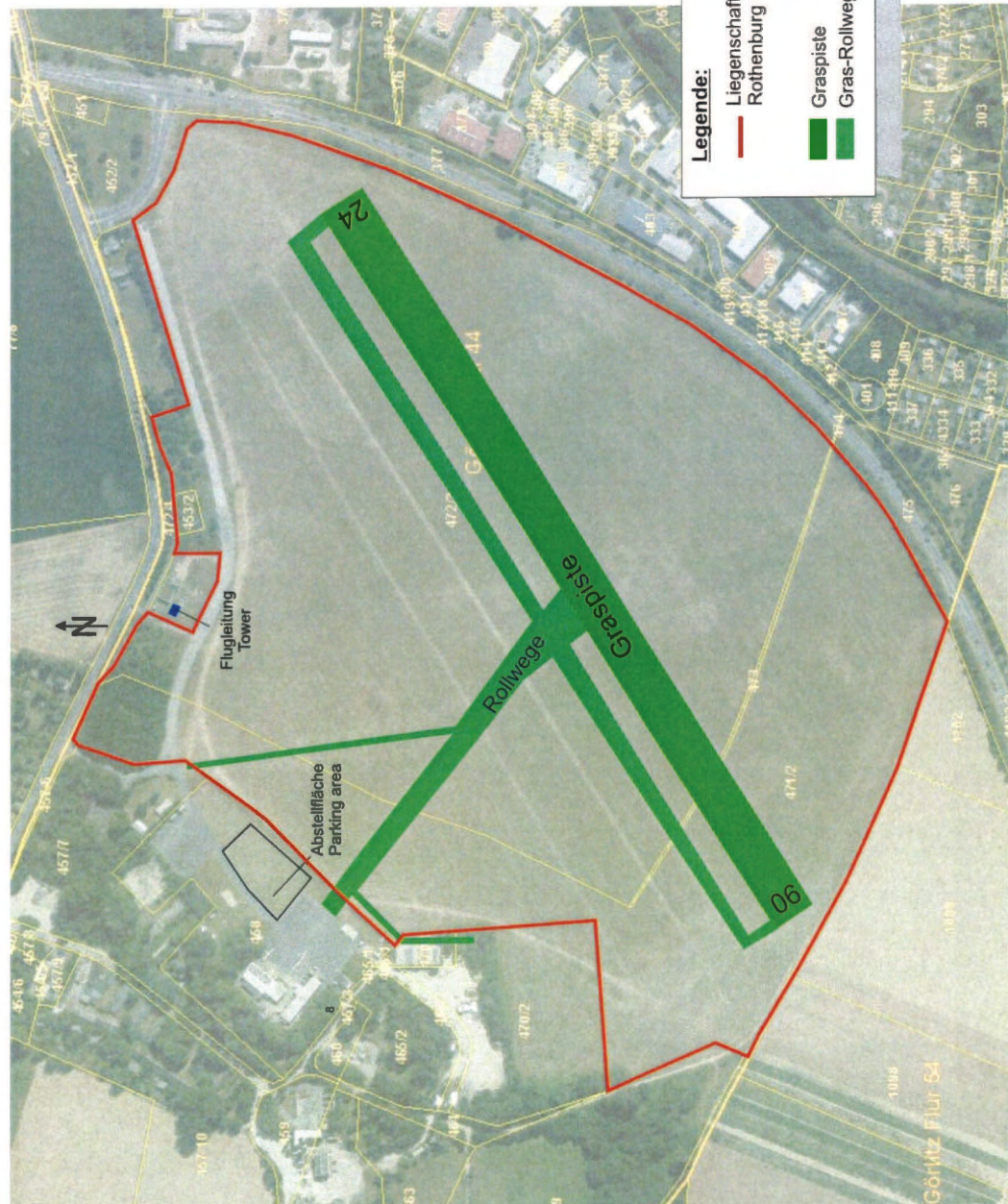
Anlage 1

Liegenschaft des Zweckverbandes „Flugplatzverwaltung Rothenburg Oberlausitz-Niederschlesien“



Anlage 2

Liegenschaft des Zweckverbandes „Flugplatzverwaltung Rothenburg Oberlausitz-Niederschlesien“



**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
über die Genehmigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung
zur Gebietsänderung zwischen der Gemeinde Hirschfeld und
der Stadt Lengenfeld vom 22. Februar/10. März 2023**

Gz.: 20-2218/5/16

Vom 18. August 2023

Die Landesdirektion Sachsen hat mit Bescheiden vom 12. Juli 2023 auf der Grundlage von § 8 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2, Absatz 2 Nummer 3 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62), die zuletzt durch Artikel 17 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur Gebietsänderung zwischen der Gemeinde Hirschfeld und der Stadt Lengenfeld vom 22. Februar/10. März 2023 rechtsaufsichtlich genehmigt. Damit wird ein weiterer Teil des Flurstücks 142/7 der Gemarkung Voigtsgrün mit circa 17 000 m² in das Gebiet der Stadt Lengenfeld umgegliedert (siehe Anlage grün markierter Bereich). Im Gegenzug wer-

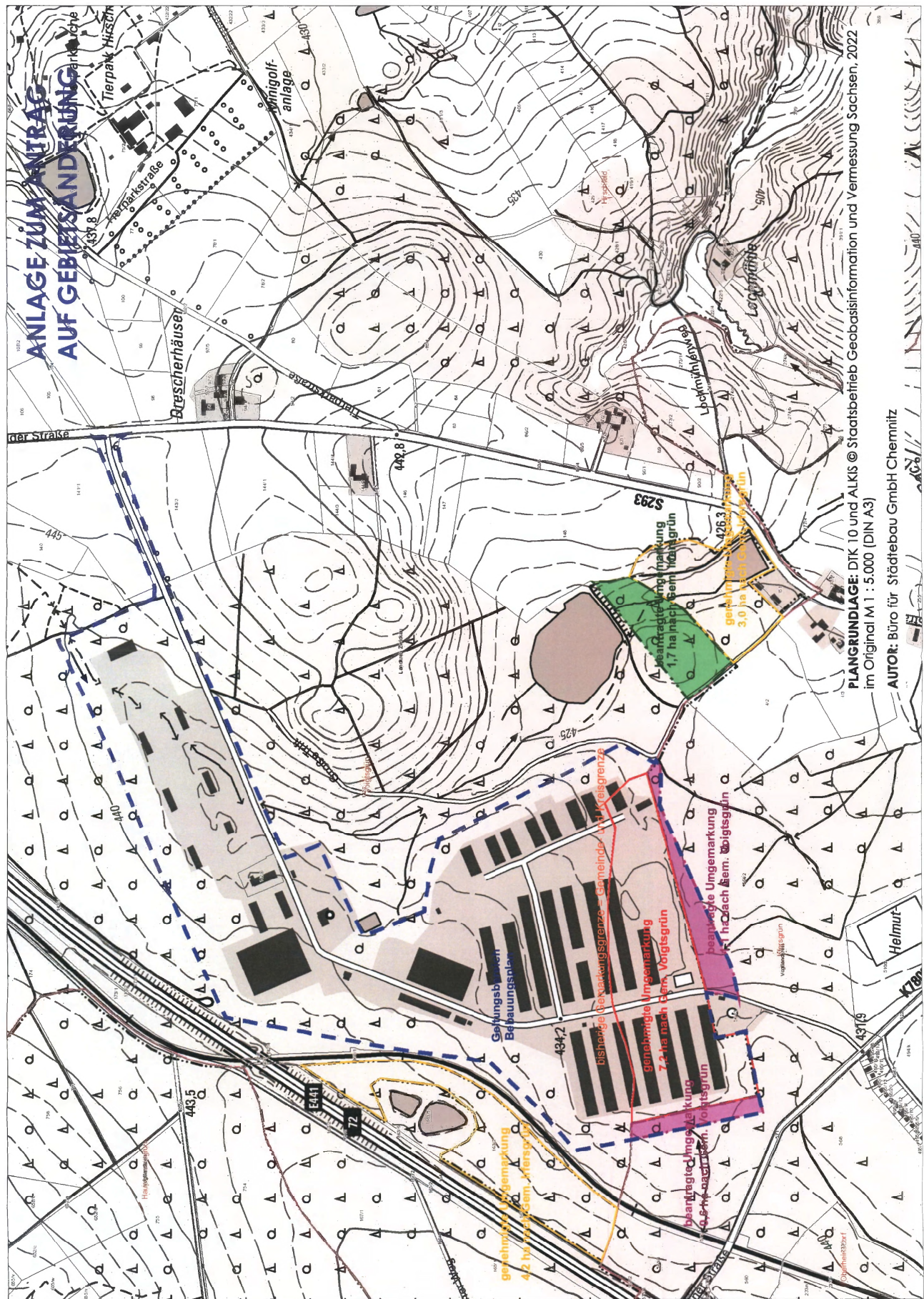
den zwei Teilflächen des Flurstücks 564/2 der Gemarkung Irfersgrün mit circa 6 000 m² und circa 11 000 m² in das Gebiet der Gemeinde Hirschfeld umgegliedert (siehe Anlage lila markierte Bereiche).

Die Vereinbarung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Diese Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Inneres, Soziales und Gesundheit – Kommunalwesen eingesehen werden.

Chemnitz, den 18. August 2023

Landesdirektion Sachsen
Harder
Referent Kommunalwesen
in Vertretung des Referatsleiters



Andere Behörden und Körperschaften

Bekanntmachung des Landratsamtes Görlitz über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Schleife und der Gemeinde Groß Düben über den Betrieb einer ortsfesten Landfunkstelle (OFL)

Vom 11. August 2023

Das Landratsamt Görlitz hat mit Bescheid vom 19. Juli 2023 die Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Schleife und der Gemeinde Groß Düben über den Betrieb einer ortsfesten Landfunkstelle (OFL) auf der Grundlage des § 72 Absatz 1 in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 9. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, rechtsaufsichtlich genehmigt.

Gemäß § 72 Absatz 1 in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Satz 4 und § 13 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit werden hiermit die Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Schleife und der Gemeinde Groß Düben über den Betrieb einer ortsfesten Landfunkstelle (OFL) vom 7. Juni 2023 und deren Genehmigung bekannt gemacht.

Görlitz, den 11. August 2023

Landratsamt Görlitz
Dr. Stephan Meyer
Landrat

Zweckvereinbarung

Zwischen der Gemeinde Schleife
vertreten durch den Bürgermeister Jörg Funda

und der Gemeinde Groß Düben
vertreten durch den Bürgermeister Sebastian Bertko

über den gemeinsamen Betrieb einer ortsfesten Landfunkstelle in der Verwaltungsgemeinschaft Schleife

§ 1 Gegenstand der Vereinbarung

(1) Die Vertragsparteien betreiben eine gemeinsame ortsfeste Landfunkstelle.

(2) Die ortsfeste Landfunkstelle trägt den Namen „Ortsfeste Landfunkstelle der Verwaltungsgemeinschaft Schleife“.

(3) Die ortsfeste Landfunkstelle hat ihren Sitz im Gerätehaus der Ortsfeuerwehr Schleife.

(4) Das Zuständigkeitsgebiet umfasst das Territorium der Vertragsparteien.

§ 2 Aufgaben

(1) Im Falle von großflächigen Schadenslagen, erhöhten Einsatzaufkommen oder bei Einsätzen mit absehbar längerer Einsatzdauer obliegt der ortsfesten Landfunkstelle die eigenständige Leitung und Koordination der durch die integrierte Rettungsleitstelle Ostsachsen zugewiesenen Einsätze im Zuständigkeitsbereich.

(2) Die ortsfeste Landfunkstelle übernimmt die Aufgaben einer ortsfesten Befehlsstelle.

§ 3 Errichtung, Betrieb und Instandhaltung

(1) Die Gemeinde Schleife übernimmt die Planung und Ausführung der Errichtung der ortsfesten Landfunkstelle. Die Planung bedarf der Zustimmung der anderen Vertragsparteien.

(2) Der Gemeinde Schleife obliegt die Bewirtschaftung der ortsfesten Landfunkstelle.

(3) Die Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln durch die Gemeinde Schleife erfolgen in eigenem Namen, eigener Rechnung und eigener Verantwortung.

(4) Die Vertragsparteien tragen die nachgewiesenen Kosten für die Planung, Errichtung und Erstausrüstung der ortsfesten Landfunkstelle, wenn diese nicht durch das Landratsamt übernommen werden.

(5) Die Gemeinde Groß Düben zahlt der Gemeinde Schleife nach Absatz 2, entsprechend der Einwohnerzahlen zum Stichtag 30.12. des Vorjahres die entstandenen Betriebskosten sowie die Kosten für die Ausbildung.

(6) Nachgewiesene Kosten für Reparaturen, Beschaffungen o.Ä. tragen die Vertragsparteien im Verhältnis der Einwohnerzahlen zum Stichtag 31.12. des Vorjahres. Die

Abrechnung dieser Kosten hat innerhalb von sechs Monaten nach deren Rechnungslegung zu erfolgen. Nicht innerhalb dieser Frist geltend gemachte Ansprüche gehen zu Lasten des Gläubigers. Die Erstattung der Kosten hat innerhalb von drei Monaten nach deren Geltendmachung zu erfolgen.

§ 4 Nutzung

(1) Die Gemeinde Schleife verpflichtet sich, den Einsatzkräften der Gemeinde Groß Düben die Funktionsräume der ortsfesten Landfunkstelle zur gemeinsamen Nutzung zu gestatten.

(2) Die Nutzung der Räumlichkeiten der ortsfesten Landfunkstelle erfolgt ausschließlich für dienstliche Belange im Zusammenhang mit dem Betrieb der ortsfesten Landfunkstelle.

§ 5 Haftung

(1) Schäden infolge eines bestimmungsgemäßen Gebrauchs der ortsfesten Befehlsstelle tragen die Vertragsparteien, denen Hilfe geleistet wurde, zu gleichen Teilen.

(2) Schäden infolge eines nicht bestimmungsgemäßen Gebrauchs der ortsfesten Befehlsstelle, trägt die Vertragspartei des Verursachers bzw. der Verursacher selbst.

§ 6 Besetzung und Leitung

(1) Die ortsfeste Befehlsstelle wird vom Führungspersonal und erforderlichem Hilfspersonal der Vertragsparteien besetzt.

(2) Bei gemeindeübergreifenden Ereignissen obliegt die Einsatzleitung der jeweils ortansässigen Wehr. Bei nicht gemeindeübergreifenden Ereignissen kann die Einsatzleitung durch den Ortswehrleiter der betroffenen Gemeinde auf die Gemeindefeuerwehr Schleife übertragen werden.

(3) Ausgewähltes Führungspersonal der einzelnen Vertragsparteien stellen den Betrieb der ortsfesten Befehlsstelle sicher

(4) Die Festlegung des Umfangs der personellen Besetzung, die Aufgabenzuordnung, die Arbeitsweise sowie die organisatorische Ausgestaltung der Führungsarbeit der ortsfesten Landfunkstelle erfolgt entsprechend den Führungsgrundsätzen der FwDV 100 durch den Einsatzleiter.

§ 7 Aktivierung

(1) Die ortsfeste Landfunkstelle wird durch den/die Bürgermeister/in oder den Gemeindeführer der beteiligten Gemeinden aktiviert. Ebenfalls kann die Aktivierung durch den Einsatzleiter der Feuerwehr einer beteiligten Gemeinde erfolgen.

(2) Bei außergewöhnlichen Schadenslagen, Ereignissen und Einsatzaufkommen kann dies in Abstimmung mit dem

Bürgermeister oder dem Gemeindeführer durch den Landkreis als uBRK-Behörde erfolgen.

(3) Im Falle von Katastrophenvorwarnung oder Katastrophenalarm erfolgt die Aktivierung der Befehlsstelle durch den Landkreis Görlitz als uBRK-Behörde.

(4) Die beteiligten Kommunen stellen durch gemeinsame Ausbildung und Übung den Betrieb der ortsfesten Landfunkstelle sicher. Die gemeinsame Ausbildung und Übung wird gemeinsam durch die Feuerwehren der Verwaltungsgemeinschaft Schleife geplant und durchgeführt. Die Kosten dieser Maßnahmen sind in der jährlichen Pauschale eingerechnet.

§8

Personal- und Lohnausfallkosten

Im Falle der Aktivierung der ortsfesten Landfunkstelle durch die Gemeinden nach § 7 Nr. 1 dieses Vertrages verzichten die Vertragspartner auf gegenseitige Kostenerstattung nach § 69 Abs. 2 Nr. 7 SächsBRKG, soweit der Einsatz der Feuerwehr unentgeltlich gem. § 69 Abs. 1 SächsBRKG erfolgt.

Schleife, 07.06.23

Jörg Funda
Bürgermeister

Groß Düben, 07.06.23

Sebastian Bertko
Bürgermeister

§9

Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vereinbarungsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung möglichst nahe kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen beziehungsweise undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben.

§ 10

Schlussbestimmungen

Diese Vereinbarung tritt nach ihrer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde und durch die öffentliche Bekanntmachung im Sächsischen Bekanntmachungsblatt.

Die Vereinbarung wird unbefristet geschlossen. Sie ist durch die Vertragsparteien mit einer Frist von einem Jahr zum Ende des Kalenderjahres kündbar.

Änderungen, Ergänzungen oder die Kündigung dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

**Bekanntmachung
des Landratsamtes Görlitz
über die Genehmigung der Zweckvereinbarung zwischen
der Gemeinde Schleife und der Gemeinde Trebendorf über
den Betrieb einer ortsfesten Landfunkstelle (OFL)**

Vom 11. August 2023

Das Landratsamt Görlitz hat mit Bescheid vom 19. Juli 2023 die Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Schleife und der Gemeinde Trebendorf über den Betrieb einer ortsfesten Landfunkstelle (OFL) auf der Grundlage des § 72 Absatz 1 in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Satz 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09. Februar 2022 (SächsGVBl. S. 134) geändert worden ist, rechtsaufsichtlich genehmigt.

Gemäß § 72 Absatz 1 in Verbindung mit § 49 Absatz 1 Satz 4 und § 13 Absatz 1 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit werden hiermit die Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Schleife und der Gemeinde Trebendorf über den Betrieb einer ortsfesten Landfunkstelle (OFL) vom 7. Juni 2023 und deren Genehmigung bekannt gemacht.

Görlitz, den 11. August 2023

Landratsamt Görlitz
Dr. Stephan Meyer
Landrat

Zweckvereinbarung

Zwischen der Gemeinde Schleife
vertreten durch den Bürgermeister Jörg Funda

und der Gemeinde Trebendorf
vertreten durch den stellv. Bürgermeister Robert Sprejz

über den gemeinsamen Betrieb einer ortsfesten Landfunkstelle der Verwaltungsgemeinschaft Schleife

§ 1 Gegenstand der Vereinbarung

(1) Die Vertragsparteien betreiben eine gemeinsame ortsfeste Landfunkstelle.

(2) Die ortsfeste Landfunkstelle trägt den Namen „Ortsfeste Landfunkstelle der Verwaltungsgemeinschaft Schleife“.

(3) Die ortsfeste Landfunkstelle hat ihren Sitz im Gerätehaus der Ortsfeuerwehr Schleife.

(4) Das Zuständigkeitsgebiet umfasst das Territorium der Vertragsparteien.

§ 2 Aufgaben

(1) Im Falle von großflächigen Schadenslagen, erhöhten Einsatzaufkommen oder bei Einsätzen mit absehbar längerer Einsatzdauer obliegt der ortsfesten Landfunkstelle die eigenständige Leitung und Koordination der durch die Integrierte Rettungsleitstelle Ostsachsen zugewiesenen Einsätze im Zuständigkeitsbereich.

(2) Die ortsfeste Landfunkstelle übernimmt die Aufgaben einer ortsfesten Befehlsstelle.

§ 3 Errichtung, Betrieb und Instandhaltung

(1) Die Gemeinde Schleife übernimmt die Planung und Ausführung der Errichtung der ortsfesten Landfunkstelle. Die Planung bedarf der Zustimmung der anderen Vertragsparteien.

(2) Der Gemeinde Schleife obliegt die Bewirtschaftung der ortsfesten Landfunkstelle.

(3) Die Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln durch die Gemeinde Schleife erfolgen in eigenem Namen, eigener Rechnung und eigener Verantwortung.

(4) Die Vertragsparteien tragen die nachgewiesenen Kosten für die Planung, Errichtung und Erstausrüstung der ortsfesten Landfunkstelle, wenn diese nicht durch das Landratsamt übernommen werden.

(5) Die Gemeinde Trebendorf zahlt der Gemeinde Schleife nach Absatz 2, entsprechend der Einwohnerzahlen zum Stichtag 30.12. des Vorjahres die entstandenen Betriebskosten sowie die Kosten für die Ausbildung.

(6) Nachgewiesene Kosten für Reparaturen, Beschaffungen o.Ä. tragen die Vertragsparteien im Verhältnis der Einwohnerzahlen zum Stichtag 31.12. des Vorjahres. Die

Abrechnung dieser Kosten hat innerhalb von sechs Monaten nach deren Rechnungslegung zu erfolgen. Nicht innerhalb dieser Frist geltend gemachte Ansprüche gehen zu Lasten des Gläubigers. Die Erstattung der Kosten hat innerhalb von drei Monaten nach deren Geltendmachung zu erfolgen.

§ 4 Nutzung

(1) Die Gemeinde Schleife verpflichtet sich, den Einsatzkräften der Gemeinde Trebendorf die Funktionsräume der ortsfesten Landfunkstelle zur gemeinsamen Nutzung zu gestatten.

(2) Die Nutzung der Räumlichkeiten der ortsfesten Landfunkstelle erfolgt ausschließlich für dienstliche Belange im Zusammenhang mit dem Betrieb der ortsfesten Landfunkstelle.

§ 5 Haftung

(1) Schäden infolge eines bestimmungsgemäßen Gebrauchs der ortsfesten Befehlsstelle tragen die Vertragsparteien, denen Hilfe geleistet wurde, zu gleichen Teilen.

(2) Schäden infolge eines nicht bestimmungsgemäßen Gebrauchs der ortsfesten Befehlsstelle, trägt die Vertragspartei des Verursachers bzw. der Verursacher selbst.

§ 6 Besetzung und Leitung

(1) Die ortsfeste Befehlsstelle wird vom Führungspersonal und erforderlichem Hilfspersonal der Vertragsparteien besetzt.

(2) Bei gemeindeübergreifenden Ereignissen obliegt die Einsatzleitung der jeweils ortansässigen Wehr. Bei nicht gemeindeübergreifenden Ereignissen kann die Einsatzleitung durch den Ortswehrleiter der betroffenen Gemeinde auf die Gemeindefeuerwehr Schleife übertragen werden.

(3) Ausgewähltes Führungspersonal der einzelnen Vertragsparteien stellen den Betrieb der ortsfesten Landfunkstelle sicher.

(4) Die Festlegung des Umfangs der personellen Besetzung, die Aufgabenzuordnung, die Arbeitsweise sowie die organisatorische Ausgestaltung der Führungsarbeit der ortsfesten Landfunkstelle erfolgt entsprechend den Führungsgrundsätzen der FwDV 100 durch den Einsatzleiter.

§ 7 Aktivierung

(1) Die ortsfeste Landfunkstelle wird durch den/die Bürgermeister/in oder den Gemeindeführer der beteiligten Gemeinden aktiviert. Ebenfalls kann die Aktivierung durch den Einsatzleiter der Feuerwehr einer beteiligten Gemeinde erfolgen.

(2) Bei außergewöhnlichen Schadenslagen, Ereignissen und Einsatzaufkommen kann dies in Abstimmung mit dem

Bürgermeister oder dem Gemeindeführer durch den Landkreis als uBRK-Behörde erfolgen.

(3) Im Falle von Katastrophenvorwarnung oder Katastrophenvorwarnung erfolgt die Aktivierung der Befehlsstelle durch den Landkreis Görlitz als uBRK-Behörde.

(4) Die beteiligten Kommunen stellen durch gemeinsame Ausbildung und Übung den Betrieb der ortsfesten Landfunkstelle sicher. Die gemeinsame Ausbildung und Übung wird gemeinsam durch die Feuerwehren der Verwaltungsgemeinschaft Schleife geplant und durchgeführt. Die Kosten dieser Maßnahmen sind in der jährlichen Pauschale eingerechnet.

§ 8

Personal- und Lohnausfallkosten

Im Falle der Aktivierung der ortsfesten Landfunkstelle durch die Gemeinden nach § 7 Nr. 1 dieses Vertrages verzichten die Vertragspartner auf gegenseitige Kostenerstattung nach § 69 Abs. 2 Nr. 7 SächsBRKG, soweit der Einsatz der Feuerwehr unentgeltlich gem. § 69 Abs. 1 SächsBRKG erfolgt.

Schleife, 07.06.23

Jörg Funda
Bürgermeister

Trebendorf, 07.06.23

Robert Sprejz
stellv. Bürgermeister

§ 9

Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vereinbarungsschluss unwirksam oder undurchführbar werden, bleibt davon die Wirksamkeit der Vereinbarung im Übrigen unberührt. An die Stelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung soll diejenige wirksame und durchführbare Regelung treten, deren Wirkungen der wirtschaftlichen Zielsetzung möglichst nahe kommen, die die Vertragsparteien mit der unwirksamen beziehungsweise undurchführbaren Bestimmung verfolgt haben.

§ 10

Schlussbestimmungen

Diese Vereinbarung tritt nach ihrer Genehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde und durch die öffentliche Bekanntmachung im Sächsischen Bekanntmachungsblatt.

Die Vereinbarung wird unbefristet geschlossen. Sie ist durch die Vertragsparteien mit einer Frist von einem Jahr zum Ende des Kalenderjahres kündbar.

Änderungen, Ergänzungen oder die Kündigung dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Ludwig-Hartmann-Straße 40
01277 Dresden
Telefon: 0351 485 260
Telefax: 0351 485 2661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

24. August 2023

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 47,08 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 8,78 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 